

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis per Nummer: 10 Pf. Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehüllene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1988.

Sonntabend, den 8. August 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Was geht vor im Ruhrrevier?

Unser Korrespondent schreibt:

Bei Beurteilung der Verhältnisse im Ruhrrevier darf zunächst nicht vergessen werden, daß gerade die Börsenblätter es sind, welche ein großes Interesse für möglichst auffällige Mitteilungen zeigen, wie sie es auch waren, die mit unwahren, auf Stimmungsmache berechneten Nachrichten überraschten. Die große Unzufriedenheit der Bergarbeiter ist vollaus berechtigt, umso mehr, da die Unzufriedenheit durch beunruhigende Mitteilungen noch besonders gereizt wurde. Nach der Reichstagswahl begann man verschiedentlich mit Mahregelungen solcher Bergarbeiter, welche sich die Unzufriedenheit der Kohlenkönige zugezogen hatten. Die Form, in welcher Entlassungen vorgenommen wurden, war allein schon geeignet, aufreizend zu wirken. Es wurde in der Unternehmerpresse gleichzeitig aber die Meinung ertönt, als herrsche im Ruhrrevier Arbeitsmangel und sei Zugang von auswärtig erforderlich. Thatsächlich waren auch einige Agenten thätig, Leute für Pechen im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet anzuwerben.

Der Erfolg war Empörung bei der Arbeiterschaft und Anziehen der Kurse! Die Spekulation war bei der Arbeit! Zu einem Clou konnte der Schwundel jedoch nicht auswachsen, die Unsicherheit über die Gestaltung der Verhältnisse beim Kohlenyndikat, das bekanntlich von einer Gärung unter der Arbeiterschaft hielt die Kaufkraft zurück — das Papiergeschäft wurde nicht zu umfangreicher. Immerhin, die Hausierer hatten Geschäft gemacht. Am Freitag, das Geschäft fortsetzen, es muß ein Kursrückgang erzielt werden. Wähte man, inwiefern die Befürchtung von Kohlenaktien, die in den letzten Juliwochen realisierten, zu den Kohlenkönigen und deren näherer Sippe gehörten, dann könnte man genauer urteilen, in welchem Grade die planmäßige Erregung von Unzufriedenheit durch systematische Bedrückung der Arbeiter Einfluß hat und inwiefern die derzeitige Waffenspekulation von Pechenverhältnissen unterstützt wird.

Erst hieß es: Arbeitermangel, höchste Verhandlungsziffern... Diese Mitteilungen hatten an der Börse die beabsichtigte Wirkung zum Teil wenigstens erzielt. Dann wurden verschiedentliche Forderungen eingeleitet wegen Abschaffung der Arbeiterkündigungen sollten notwendig sein, obwohl tausende Bergleute infolge der Wurmkrankheit ihrer Berufstätigkeit periodisch entrisen waren. Sehr stark reagierte die Börse darauf nicht; es muß also noch besser kommen! Während der Hausseebewegung gab die interessierte Presse positive Angaben über das Zustandekommen des Syndikats auf breiter Grundlage wie bisher, man meldete ferner den engeren Zusammenschluß des Coalitionsyndikats und des Vertriebsvereins mit dem Kohlenyndikat. Dann vernahm man hinterher einige pessimistische Äußerungen, dazu kam die Nachricht von der Absicht einer Produktionsbeschränkung beim Coalitionsyndikat und es verlautete gar, das Kohlenyndikat werde folgen.

Die verschiedenen Meldungen wirken jedesmal so sicher nach einer Richtung, daß man an Zufall nicht gut glauben kann. Welche Veränderungen der Kurszettel in den letzten zwei Monaten brachte, illustriert folgende Zusammenstellung. Es notierten:

	Juni 6.	Juli 3.	Juli 20.	Aug. 5.
Concordia Bergwerk	205,25	298,00	301,00	269,50
Consolidation Bergwerk	384,25	378,00	301,00	384,00
Gelsenkirchener Bergwerk	229,25	223,50	228,80	222,00
Gelsenkirchener Bergwerk	178,00	182,00	186,10	183,00
Harpener Bergbau	179,80	178,80	182,25	179,70
Hibernia Bergwerk	175,10	175,90	181,80	178,00
Kölnener Bergwerk	380,00	370,00	389,00	385,00
Masener Bergbau	120,00	124,00	120,10	125,00
Nordstern Bergwerk	246,00	258,00	258,00	255,25

Das Kapital befindet sich bei dem freventlichen Spiel, selbst seine räuschstlose Behandlung der Arbeiter zu Wertenoperationen auszuweichen, in sehr glücklicher Lage. Würden die Arbeiter durch das Vorgehen der Unternehmer in einen Streik getrieben, diese hätten davon kaum Schaden zu befürchten, im Gegenteil, die Unmöglichkeit, unter den obwaltenden Verhältnissen einen Streik siegreich durchzuführen zu können, gäbe die absolute Gewißheit, daß die Arbeiter nachher die Kosten des Kampfes zu zahlen hätten, während die Unternehmer durch die eintretende Preissteigerung noch einen Extra-Nebeschlag machen. Die Unternehmer wissen zudem, daß die Organisation der Arbeiter von Streiks nach Möglichkeit abhängt — vielleicht gerade darum hoffen die Unternehmer momentan die Organisation ganz besonders heftig! Weiter sind die Unternehmer vor Eingriffen in ihre das Gemeinwesen schädigende Selbstherrlichkeit seitens der Regierung gesichert — warum sollten sie also nicht übermäßig sein, wenn dabei Gewinn winkt?!

So viel ist sicher, von einer Streikluft, als Folge angeblicher Heberereien, als Ausfluß des Uebermutes oder der Sucht nach Abwechslung, wie den Arbeitern so gern unterstellt wird, wenn durch brutale Behandlung oder durch unwürdige Arbeitsverhältnisse ein Streik unabwendbar wurde, ist bei den Bergarbeitern keine Spur vorhanden. Aber eine fürchterliche Empörung über verschiedene Mißstände hat die Bergarbeitererschaft erfasst. Das nutzlose Ditteln um Gerechtigkeit, höhnische, brutale Behandlung, Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz und dergleichen „Annehmlichkeiten“ mehr zeugten erklärterweise dann auch verschiedentlich den Gedanken: — ohne Streik wird es Besserung nicht geben. Vor den Erwägungen ruhig denkender Bergarbeiter kann aber solcher Gedanke sich nicht siegreich behaupten — was aber kann das alles nützen, wenn infolge fortgesetzter Mißhandlung fühle Ueberlegung durch Verzeiwung abgelöst wird? Und bisher war alles danach angelegt, die Arbeiter zu Verzeiwungsthäten anzureizen. Regierung und Gesetzgebung tragen

hierbei ein großes Teil Schuld. Für die Klagen der Arbeiter hatte man immer taube Ohren. Die Parole, die Arbeiterorganisationen niederzuzwingen, die der Praxis des Kapitals entspricht, fand Zustimmung nicht nur durch die konservativ-nationalliberal-centrumische Mehrheit im Reichstage, sondern auch durch die Haltung der Regierung, sie wird unterstützt durch Rechtsprechung und Polizeipraxis.

Wer will sich da noch wundern, wenn der Arbeiter, sich und seine Organisation verfolgt und mißhandelt sehend, schließlich aus dem dumpfen Gefühl der Verzweiflung still gehegten Wünsche der Unternehmer entgegenkommt? Um dafür nachher natürlich beschimpft und gekautet zu werden. Ein Streik läme dem Grubenunternehmertum jedenfalls jetzt schon darum nicht unangelegen, weil es dann Gelegenheit fände, der Verpflichtung, für die Schäden der durch seine Schuld eingeschleppten und weit verbreiteten Wurmkrankheit aufzukommen, sich ledig zu erklären. Man würde vielleicht den Anschein ertönen, als sei man bereit gewesen, gutwillig etwas zu thun, aber Streikenden gegenüber lehne man jede Verpflichtung ab, so der Refrain.

Raum jemals ist mit dem Wohl und Wehe der Arbeiter so freventlich gespielt worden, wie jetzt.

Die materiellen Ursachen der Unzufriedenheit der Arbeiter sind mannigfacher Art. Da ist zunächst die Wurmkrankheit. Ueber den Verlauf der Seuche ist im „Vorwärts“ ausführlich berichtet worden, so daß eine kurze Resumee genügt: Vor sechs Jahren wurde durch die Publikation des Knappschafts-Oberarztes Dr. Lenhold bekannt, daß der Wurm im Ruhrrevier gefährliche Ausbreitung finde. Der Arzt machte darauf aufmerksam, daß der Wurm durch österreichisch-ungarische Arbeiter eingeschleppt worden sei und forderte energische Maßnahmen, die weiterem Einschleppen vorbeugen, sowie die Ausrottung der Krankheit herbeiführen sollten. Die Arbeiterpresse schloß sich den Forderungen an. Die Warnung des Arztes, die Forderungen der Arbeiter wurden gar nicht beachtet, ohne gründliche Untersuchung legte man fortgesetzt Arbeiter aus dem wurmverseuchten österreichischen Distrikte an, die notwendigen Maßnahmen zur Ausrottung des Wurmes unterblieben — die Seuche gewann immer mehr an Ausdehnung. Es blieb bei der lazen Behandlung der Frage, als bekannt war, daß bereits tausende Bergleute vom Wurm infiziert waren. Im Reichstage erklärte man die Schilderung über die drohende Gefahr für übertrieben und die Konferenz, die am 6. April d. J. in Berlin stattfand, kam über den Standpunkt des laissez faire... kaum hinaus. Das war zu einer Zeit, als in Unternehmertreibern bereits bekannt war, daß mindestens 20 000 Wurmranke im rheinisch-westfälischen Bergbaubezirk vorhanden waren. Und immer weiter griff die Seuche um sich, einzelne Gruben standen vor der Gefahr der Betriebsstilllegung. Die Definitionen „Wurmkrank“ und — „wurmbehaftet“ dienten noch als Mittel, die Entvölkerung der Gruben zu verhindern. Schließlich mußte aber doch etwas geschehen, um der Gefahr zu begegnen. Die Bergbehörde erließ Anordnungen, die Unternehmer interpretieren dieselben.

Es ist sicher nicht zu hoch gegriffen, wenn man heute die Zahl der Wurmranke auf 50 000 schätzt. Bezirke, die vor kurzem noch als seuchenfrei galten, sind nun als infiziert konstatiert und auch in Obereschlesien ist jetzt der Wurm eingeschleppt. Daß die Arbeiter an der Einschleppung und der unheimlichen Ausbreitung der Seuche schuldlos sind, steht außer Frage; das Unternehmertum trägt die Schuld dafür. Es ist daher auch selbstverständliche Pflicht der Unternehmer, den direkten Schaden zu tragen, der den von der Wurmkrankheit befallenen Arbeitern erwächst. Diese Verpflichtung erkennen die Unternehmer aber nicht an und daraus resultiert zum großen Teil die berechtigende Unzufriedenheit der Arbeiter. Die Bergbehörde hat die Anordnung erlassen, daß sämtliche Arbeiter auf Wurmkrankheit untersucht werden müssen und daß kein Arbeiter angelegt werden darf, der nicht eine ärztliche Bescheinigung darüber vorlegt, daß er wurmfrei ist. Diese Bestimmung gilt auch beim Wechsel der Arbeit, von einer Grube zur andern. Da die Arbeiter die Kosten dieser Atteste selbst tragen müssen, sind dieselben in ihrer Bewegungsfreiheit sehr behindert; ist es doch vorgekommen, daß Arbeiter, die bei der Untersuchung der Belegschaft gesund befunden wurden, für Ausstellung der bezüglichen Bescheinigung zwei Mark zahlen sollten. Viel schlimmer ist jedoch ein anderer Umstand. Diejenigen Leute, die als wurmfrei ermittelt werden, müssen sich im Krankenhaus einer Kur unterziehen. Oft genügt aber eine Kur nicht, so daß einzelne Leute in kurzer Zeit mehrmals das Krankenhaus beziehen müssen. Dies ist für die Betroffenen mit schwerem Schaden verknüpft. Sie erhalten für die Zeit des Aufenthalts im Krankenhaus nur Krankengeld. Für die ersten drei Tage wird Krankengeld aber nicht gezahlt, die Höhe desselben schwankt zwischen 1,20 Mark bis 3,00 Mark pro Tag. Von dieser Summe werden die Krankenhauskosten gedeckt, die Familie des verheirateten Wurmranke muß sich mit dem überschüssigen Teil — die Hälfte — begnügen. Wenn man bedenkt, daß, wie bereits bemerkt, einzelne Leute mehrmals die Wurmkur durchmachen müssen, so ergibt sich aus dem Angeführten ohne weiteres, daß manche Familien in größte Not geraten, umso mehr, als die Lohnverhältnisse seit über einem Jahre fallende Tendenz zeigen. Der christliche Gewerksverein hat kürzlich sich in einer Petition an den Grubenbesitzer-Verein gewandt mit folgender Forderung:

1. Die Werksbesitzer sollen in Folge die Kosten für die laut Bergpolizei-Verordnung geforderten Gesundheitsatteste ihrer absehenden Belegschaftsmittglieder tragen.
2. Einen Zuschuß zu dem Krankengeld ihrer an Wurmsuche krankheitsenden Arbeiter leisten, daß die Höhe des von ihnen vorher verdienten Lohnes erreicht wird.

Diese Forderung ist in aller Form abgelehnt worden. In den letzten Wochen haben vernünftigerweise einige Pechen jetzt doch die Verpflichtung übernommen, bei notwendiger Wurmkur die Differenz zwischen Krankengeld und Durchschnittslohn aus der Werkskasse zu zahlen. Es liegt nun dem Allgemeinen Knappschaftsverein ein Antrag vor, die in Betracht kommenden Kosten auf die Vereinskasse zu übernehmen. Am Freitag soll über die Angelegenheit beraten werden. Zu wünschen wäre, daß der Knappschaftsverein vorläufig wenigstens die Schadloshaltung der Arbeiter übernimmt, auf jeden Fall muß aber darauf Bestanden werden, daß die Unternehmer dafür Ersatz leisten.

Solange die Angelegenheit nicht in gerechter Weise erledigt ist, wird die Arbeiterschaft sich auch nicht zufrieden geben.

Ein weiterer Grund für die Gärung unter der Arbeiterschaft ist die schlechte Behandlung, dazu die Mahregelungen: „Wem's nicht paßt, kann gehen!“ Das ist nun schon seit längerer Zeit eine beliebte Redensart seitens der Beamten und woer sich mußt, steigt auch. Wenn den Leuten dabei noch höhnisch bemerkt wird, daß sie wegen politischer Kurzsichtigkeit aufs Pflaster gesetzt werden, dann ist das gewiß nicht geeignet, Zufriedenheit zu schaffen. Einzelne Beamte scheinen gar der Meinung zu sein, das Beste Argument, die Arbeiter zufrieden zu machen — sei Prügel. Es liegen mehrere solcher Fälle bereits vor, und wird der Staatsanwalt sich damit noch zu beschäftigen haben.

Einen nicht geringen Teil an dem Unwillen der Arbeiter tragen die unzureichenden Lohnverhältnisse. Im Jahre 1900 betragen die Tages-Durchschnittslöhne 4,18 M., im Jahre 1902 nur noch 3,82 M. Dazu kommt der Fortfall der früher üblichen Ueberhöhen und die Einlage von Feierschichten, so daß die Einkommen der Arbeiter ganz erheblich gesunken sind. Da andererseits die Mieten, Steuern usw. in aller Höhe gezahlt werden müssen, die Lebensmittel heute zum Teil gegen früher höher im Preise stehen, hat sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterfamilien sehr verschlechtert. Und noch fortgesetzt haben die Arbeiter über Lohnreduktion zu klagen, während die größeren Unternehmungen steigenden Gewinn erzielen. Wie wenig Berechtigt die vorgenommenen Lohnreduktionen waren, ergibt sich bei Würdigung der finanziellen Lage der Unternehmungen. Wir stellen nachfolgend die von einzelnen Unternehmungen in den letzten fünf Jahren vom 30. Juni 1907 bis 30. Juni 1902, resp. vom 31. Dezember 1897 bis 31. Dezember 1902 erzielten Dividenden-Totalsumme — dazu die angesammelten Reserven, wie auch noch die Abschreibungen, zum Vergleich gegen das Aktienkapital, zusammen. Wir gewinnen dabei folgendes, für die Unternehmungen glänzendes Resultat:

Name der Gesellschaft	Aktienkapital letztes Geschäftsjahr M.	Summe der Dividenden (5 Jahre) M.	Reservefonds ultim. letztes Geschäftsjahr M.	Abschreibungen (5 Jahre) M.
Concordia	8 000 000	8 142 500	3 234 068	211 485
Consolidation	18 000 000	20 860 000	5 901 964	6 291 179
Gelsenkirchener	15 000 000	12 422 865	3 472 866	8 040 000
Harpener	60 000 000	23 500 000	17 370 890	26 594 896
Hibernia	52 000 000	34 468 000	23 108 594	30 798 915
Kölnener	39 400 000	20 854 872	8 798 629	19 647 787
Masener	6 000 000	8 000 000	6 116 542	8 592 800
Nordstern	16 999 200	13 009 439	3 358 738	6 924 464
Summe	218 399 200	180 857 176	71 387 091	102 301 029

Vergleicht man die Schlüsssummen, so ergibt sich, daß die in fünf Jahren gezahlten Dividenden zuzüglich der angesammelten Reserven beinahe die Summe des Gesamtkapitals erreicht, gleichzeitig sind aber auch noch 102 301 029 M. zu Abschreibungen verwandt. Nun ist aber noch zu berücksichtigen, daß vier der vorstehenden Gesellschaften in den letzten 5 Jahren das Aktienkapital um 31 700 000 M. erhöhten, so daß thatsächlich Dividenden und Reserven in der genannten Periode das Aktienkapital beträchtlich überwiegen. Bei solchen mährigenhaften Verhältnissen hätte man die Accordsphäre wohl etwas sanfter handhaben können.

Aber es ist gerade so, als ob die Arbeiter zur Empörung aufgehetzt werden sollten. Zu all den angeführten Unthun kommt auch noch ein rigoroses Handhaben der Praxis des Wagenmüllens. Wagen, welche nicht steinrein sind, oder nicht das volle Gewicht haben, werden den Bergarbeitern nicht bezahlt, laut Arbeitsordnung soll der Betrag für solche Wagen der Unterstüßungsliste zuzurechnen. Da die Bergarbeiter durchaus keine Kontrolle über das Rollen ausüben können, sind sie auch nicht in der Lage, konstatieren zu können, ob ihnen die gemüllten Wagen zu Recht gestrichen sind und ob dieselben als gemüllt eingetragen werden. Wohl ist in verschiedenen Fällen konstatiert worden, daß wenn bis kurz vor Schichtschluß nur wenige Wagen gemüllt waren, bei Ende der Schicht die durchschnittliche Zahl gemüllter Wagen doch heraus war. Die Kontrollreue lassen die Sache vielfach so auf, als ob für jede Schicht eine bestimmte Anzahl Wagen gemüllt werden müßte. Da hierbei, wegen des Fehlens der Kontrolle, die Arbeiter auch noch nach Günst und Unbade bedacht werden können, ist die Unzufriedenheit mit der heutigen Praxis des Müllens erklärlich. Die Arbeiter fordern, daß das Rollen ihrer Kontrolle unterstellt werde, auf Kosten der gesamten Belegschaft. Die Belegschaft der Zeche „Graf Veust“ hat bereits in einer Versammlung am vorigen Sonntag in Essen beschlossen, der Verwaltung einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten. Andre Belegschaften werden diesem Vorgehen sich anschließen. Die Verwaltung sind eigentlich gar nicht in der Lage, solche Anträge abzulehnen, denn nach der Bergordnung steht den Arbeitern das Recht der Kontrolle zu — aber, da es in der Praxis meist anders zugeht,

als die Theorie besagt, ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Unter-nehmer den Arbeitern das Recht der Kontrolle streitig machen.

Bei der Erregung, welche wegen der Praxis des Bagemüllens unter der Bergarbeiterschaft herrscht, wird die Haltung der Unter-nehmer in dieser Frage von nicht geringem Einfluß sein auf die derzeitige Bewegung.

Etwas Humanität, etwas Anteil an den guten Erträgen der Eruben und Freiheit als Staatsbürger, das ist was die Bergarbeiter fordern. Wer den Leuten das vorenthält, ist nicht nur ein Feind der Bergarbeiter, er ist ein Feind der Gerechtigkeit, ein Störer und Bedroher des sozialen Friedens.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. August.

Schweigendes Geständnis.

Noch keiner der Eideshelfer des Herrn Giesebrecht hat es gewagt, seine Feindschaft gegen das bestehende Reichstags-Wahlrecht in Abrede zu stellen; sie geben damit zu, daß sie gegen dieses Volksrecht konspirieren. Das ist besonders hervorzuheben gegenüber denen der Herren, die sich öffentlich als Freunde der Arbeiter ausspielen, wie der Herr Besthorn, der „Freund“ der Gewerksvereine, und die Herren Köhrig und Biermann, die Stützen der Freien evangelischen Volksvereine. Die Herren geben schweigend zu, daß sie die Arbeiter, für deren Rechte und Interessen sie öffentlich einzutreten vorgeben, im geheimen als „gemeines Volk“ behandeln und ihres wichtigsten Rechtes berauben wollen. Zu diesen Herren mit dem durch die Politik verborbenen Charakter gesellt sich auch Herr Weyerbusch, der freikonservative Landtags-Abgeordnete. Wie unser Gothaisches Parteiblatt feststellt, hat Herr Weyerbusch im Jahre 1898, als er sich um das Reichstagsmandat in Gotha bewarb, sich in öffentlicher Wahlrede ausdrücklich zu dem bestehenden Reichstags-Wahlrecht bekannt. Das Giesebrecht'sche Unternehmen, in dessen Einzelheiten wir durch unsere Veröffentlichung rechtzeitig hineingeleuchtet haben, ist aber schon damals im Gange gewesen. Man muß auf die Vermutung kommen, daß auch unter den ungenannten Eideshelfern Giesebrecht's noch mancher ist, dessen öffentliches Auftreten in unvereinbarem Gegensatz zu seinen geheimen Wünschen und Wählerreien steht. Mancher von ihnen erklärte vielleicht im vollsten Vertrauen öffentlich, er denke nicht daran, das Wahlrecht anzutasten, während er Herrn Giesebrecht's Bestrebungen im geheimen unterstützt und nur vorsichtig genug war, nichts zu unterschreiben. Auf einige Zeit dürfte ihnen das Spiel verborben sein.

Hochwasser-Katastrophe im preussischen Ministerium? Die Gerüchte laufen weiter, daß es im preussischen Ministerium kriselt. Die unglaublichen Saumlässigkeiten in der schlesischen Nothfrage, das Eingreifen Bülow's und des Kaisers dienen der Presse zur Ausspinnung von allen Mutmaßungen über Reibungen und bevorstehende Zukunftsbesuche. Bald wird der Kaiser von der Nordlandreise zurück erwartet, dann soll Kronrat sein — Sitzung des Gesamtministeriums unter des Kaisers Vorsitz und — das Hochwasser mag einige Ministerleichen davonschwemmen.

Minister gehen und kommen, das Ministerium wird nicht anders. Ganz wie die ministeriellen „Nothstandsaktionen“, deren Wesen darin besteht, daß die Not danach nicht geringer ist als zuvor.

Zu den sächsischen Landtagswahlen.

Die sächsischen Landtagswahlen werden in diesem Jahre von besonderem Interesse sein, da die Frage der Wahlrechts-Reform in ihrem Mittelpunkt steht. Aber vorläufig ist völlig unklar, wie sich die Auseinandersetzung der Parteien gestalten wird. Die Konservativen, Antisemiten und der Bund der Landwirte haben ein Kartell mit einander, wie sie es bei den Reichstagswahlen hatten. Dagegen haben die Nationalliberalen, wie erinnerlich, schon im vorigen Winter den Abschluß des Kartells für die Landtagswahlen abgelehnt. Damals höhnte ja die „Arenz-Blg.“: Wenn die Wahlen vor der Thür stehen, werden die Nationalliberalen wieder klein beigeben müssen. Nun hat der Reichstagswahl-Ausfall die Situation neu gestaltet und die Nationalliberalen haben es thätig in der Hand, einen gewissen Umsturz der sächsischen Zustände und die Abstellung des Wahlrechts herbeizuführen oder wenigstens vorzubereiten. Wenn sie dazu den Willen haben! Dies aber ist höchst zweifelhaft. Es mag einige Elemente unter den sogenannten Jung-Nationalliberalen geben, die resolut auf die Beendigung der konservativen Herrschaft dringen, aber die alten Parteiführer, die in der Kammer das Wahlrecht selbst mitgemacht haben, sowie die Fabrikanten und Kommerzienräte im Lande, sie wollen nicht ein auch nur einigermaßen besseres Wahlrecht, sie denken vielmehr gar nicht daran, der Arbeiterchaft und den kleinen Leuten das Wahlrecht wiederzugeben, sie wollen nur auf Kosten der bürgerlichen Konservativen die Mandate des mobilen und industriellen Kapitals vermehren. So lange sie aber nur dies wollen, ist es ausgeschlossen, daß sie eine lebendige Bewegung im Volke zu Gunsten nationalliberaler Kandidaten entfachen könnten. Vielmehr kann es leicht geschehen, daß die Nationalliberalen von ihren bisherigen Sigen noch einige verlieren und daß sie in der Wahlrechts-Reform gänzlich auf die konservative Gnade angewiesen bleiben.

Nur wenn die Liberalen sich entschließen könnten, mit allem Nachdruck für die Beseitigung der indirekten Klassenwahlen einzutreten, auch auf die „Gefahr“ hin, der Socialdemokratie ihr Recht werden zu lassen, nur dann können sie selbst hoffen, aus den jetzigen Wirren erfolgreich hervorzugehen. Wie wir die sächsischen Nationalliberalen kennen, ist derartiges von ihnen aber nicht zu erwarten.

Für den Sachsenkönig, der seinen Geburtstag begeht, leistet Herr Dr. Dertel in der „Deutschen Tagesztg.“ einen ganzen Leitartikel. Abgesehen von der „unzeitgemäßen“ Erhöhung der Evidenzen, an der die Ratgeber des Königs Schuld sind, weih der Durcheinander von Freiberg nichts Tadelnswertes in der sächsischen Politik unter König Georg zu finden. Vielmehr verherrlicht Dr. Dertel seinen König überschwänglich, der nur das eine Unglück hat, einen so sehr volksfremden Vorgänger auf dem Thron gehabt zu haben. Dr. Dertel rühmt z. B.:

„König Albert erfreute sich einer außerordentlichen Volkstümlichkeit, die sein Bruder niemals in diesem Maße genossen hat. Daraus ihm einen Vorwurf zu machen, würde aber im hohen Grade unbillig sein. König Georg hat ein volles Recht auf das Vertrauen seines Volkes, und er hat nichts gethan, dieses Vertrauen zu verscherzen.“

Und weiter:

„Als Mitglied der Ersten Ständekammer hat er mit unermüdlicher Hingebung gearbeitet, nicht nur in der Kammer selbst, sondern auch in den Deputationen als Vorsitzender und Berichterstatter. Seine parlamentarische Thätigkeit darf recht wohl als erfolgreich und muster-gültig bezeichnet werden. Was er als Richter und Förderer in der Geschichte des sächsischen Staats, in der Volks- und Landeskunde geleistet hat, geht weit über die Thätigkeit eines Dilettanten hinaus.“

In dieser Art geht es fort. Danach ist der König von Sachsen wahrlich eine ganz überragende Persönlichkeit.

Der Herr Dr. Dertel sollte in seinen Preisreden vorsichtiger sein. Es wirkt in Sachsen eigenartig, wenn Dr. Dertel von einer „erfolgreichen und muster-gültigen parlamentarischen Thätigkeit“ des jetzigen Königs spricht. Jedermann weiß in Sachsen, daß der jetzige König als Mitglied der Ständekammer für die Einführung des unsäglichen Wahlrechts gewirkt und gestimmt hat!

Auch das Ergebnis der Reichstagswahl in Sachsen rührt den mit dem König zugleich schmerzlich betroffenen früheren Vertreter von Freiberg:

„Daß endlich auch das Ergebnis der Reichstagswahlen den König tief schmerzen mußte, lag auf der Hand. Er hat aus seinem Schmerze kein Hehl gemacht, sondern offen gesagt, daß er beinahe an seinem Volke irre geworden wäre. Was zu diesem Ergebnisse geführt hat, braucht nicht wiederholt zu werden. Das Schmerzlichste an den Erfahrungen dieser Tage war aber gewiß für den König wie für uns die unersagbare That sache, daß nach dem Stimmverhältnisse viele für die geschworenen Feinde des Königthums gestimmt haben müssen, deren unbedingte Königstreue über jeden Zweifel erhaben sein sollte.“

Die „geschworenen“ Freunde des Königthums können dieser Einrichtung gefährlicher sein als die sogenannten „geschworenen Feinde“. Die Socialdemokratie läßt in der Beurteilung des Königthums nicht die Politik der Konservativen, indem sie diese Einrichtung irgendwie in den Mittelpunkt ihres Kampfes stellt. Die Socialdemokratie überschätzt das Königthum und seine Vertreter nicht so wie die Dertel-Monarchisten, indem sie etwa deren Dignitätsverlust durch Angriffsartikel aufwiegt. Die Dertel-Leute wünschen das Königthum als Schild vor die Sünden der konservativen Partei zu halten. Und es ist in der That „das Schmerzlichste“, daß dieses Mandat, durch den Appell an die Königstreue die Politik zu fälschen, in Sachsen gründlich mißlungen ist.

Herr Dertel giebt dem verehrten König diesen Geburtstagswunsch:

„Wir wünschen ihm, daß er Ratgeber erhalte und finde, die nicht nur ein Verständnis für die Bedürfnisse der Zeit haben, sondern auch die feste Entschiedenheit bewahren, die in solchen Zeiten unbedingt notwendig ist. Wir wünschen ihm, daß seine Ratgeber sich nicht in zweifelhafte Experimente verlieren, das klar erkennen und kraftvoll thun, was notwendig ist, um das Volk aus seinen Irrungen zur Klarheit zurückzuführen, um die Stände und Volkskreise innerlich und äußerlich zu festigen, die des Thrones treueste Stütze sind und allein sein können.“

Dieser königstreue Wunsch bedeutet, man solle sich in Sachsen nicht durch die große Kundgebung der Wahlen erregen lassen, nicht eine Politik beginnen, die der weit überwiegende Teil des sächsischen Volkes dringend fordert, sondern „feste Entschiedenheit bewahren“ und „den Ständen und Volkskreisen“ zu Willen sein, die sich königstreu nennen und das Volk immer tiefer in wirtschaftlichen Ruin und in politische Entrechtung führen. Diese Ratsschlage des Dr. Dertel zeigen wieder, wie niemand die Königstreue eifriger untergräbt als — die „Königstreuen“.

Schnelle Nothstandsbesichtigung.

Im Gegensatz zu der Unentschlossenheit und Unselbstständigkeit, die preussische Minister gegenüber der Ueberschwemmungsnot bewiesen haben, hat der Herr Oberlandstallmeister Graf Lehndorff mehr Thatkraft bewiesen. Er hat vor einigen Tagen den englischen Vollblutstutehändler Lord Patrick, den Sieger im Rennen zu Sandorn Park für das Graditzer Gestüt zum Preise von 420 000 Mark erworben. Man erhebt, daß doch nicht allenthalben mit dem Gelde so gezügelt und gekargt wird wie in den überschwemmten Landesteilen! —

Volkswahn.

Die Entlassung von Arbeitern in der Fabrik der Zeiß-Stiftung in Jena wird von der „Post“ nach dem berühmten Vorbilde: „Im übrigen bin ich der Meinung, Karthago muß zerstört werden“ zur Propaganda für den Schutz Zoll ausgenutzt. Sie schreibt:

„Hier zeigt sich aufs deutlichste, wie sehr sich die Vertretung der Sonderinteressen des internationalen Freihandlertums durch die Socialdemokratie, die wohl dieser Haltung wegen so häufig über namhafte Spenden von privater Seite quittieren kann, in erster Linie an den Arbeitern rächen muß. Das Ausland, das in vieler Beziehung unter viel günstigeren Produktionsbedingungen arbeiten kann, vor allen Dingen frei ist von den beträchtlichen socialpolitischen Lasten, welche unsere Industrie zu tragen hat, ist in der Lage, die umgeschätzte heimische Industrie in vielen Artikeln zu unterbieten und damit das Wachstum des Absatzgebietes für unsere Produktion zu beschneiden. Nach freihändlerischer Lehre soll einfach jeder Produktionszweig, in dem ein anderes Land billiger arbeiten kann, aufgegeben werden. Nach dieser Theorie würden also in einem Falle wie dem in der Zeiß'schen Fabrik nicht nur 5 Proz. der Arbeiterchaft, sondern alle Arbeiter brotlos geworden sein.“

So viel Worte, so viel Dummheiten. Erstens besteht auf die Fabrikate, die in der Fabrik der Zeiß-Stiftung hergestellt werden, mit Ausnahme der Oprengläser, überhaupt kein Zoll, so daß Anträge der Socialdemokraten auch keinen solchen hätten beseitigen können. Sodann ist die Einfuhr astronomischer, optischer, mathematischer, chemischer und physikalischer Instrumente nach Deutschland trotz der bestehenden Zollfreiheit gegenüber der Ausfuhr außerordentlich gering. Während von diesen Waren im Jahre 1902 für 13 300 000 M. ausgeführt wurden, betrug der Wert der Einfuhr nur reichlich 1/2 Million Mark und die Ausfuhr ist seit Jahren stets erheblich stärker gewachsen wie die Einfuhr. Wenn die „freihändlerische Lehre“, die keineswegs eine socialdemokratische ist, mit der vorliegenden Sache überhaupt etwas zu thun hat, so ist ihre Wirkung hier gewiß keine ungünstige.

Vierzehn Strafanträge wegen Beleidigung hat Herr Liebermann v. Sonnenberg bei der Staatsanwaltschaft in Cassel angebracht. Er fühlt sich durch ein socialdemokratisches Flugblatt beleidigt, das zur Stichwahl in Casseler Wahlkreise verbreitet worden ist und deshalb will er vierzehn unserer Parteigenossen bestraft sehen.

Ein zurückprallender Pfeil. In der Centrumpresse, beispielsweise in der „Adln. Volksztg.“, ist diese Aeußerung zu lesen:

„Die Reaktion tritt ein! Aus allen Theilen Ober-Schlesiens kommen Nachrichten über die große Enttäuschung, die ein Teil der ober-schlesischen Bevölkerung nach den Wahlen erlebte. Der Radikalpolonismus, welcher den Arbeitern doppelten Verdienst bei halber Arbeit, billiges Brot und Fleisch, den Landwirten höhere Getreidepreise, hohe Viehpreise usw. versprach, hat selbstverständlich keines seiner Versprechen eingelöst und Hunderte von Berichten liegen vor, in denen die alten Preise weiter zahlen sollten, obgleich sie radikalpolonisch gewählt hätten. Der Horn der Betrogenen richtet sich naturgemäß gegen die, welche ihnen die sich jetzt als leer erweisenden Versprechungen machten, und so hat z. B. dieser Tage ein Kolporteur der radikalpolonischen Zeitungen in Alpine den Vertrieb der Blätter einstellen müssen, weil seine Abonnenten ihn sehr handgreiflich an die Erfüllungen seiner Versprechungen mahnten.“

Wir wissen nicht, ob die Vertreter des radikalen Polonismus in Oberschlesien den Wählern übertriebene und widersprechende Versprechungen gemacht haben. Wenn es aber der Fall und wenn die Wähler am Tage nach der Wahl die Erfüllung dieser Versprechungen vermiffen und sich entrüstet von denen abwenden, denen sie soeben begeistert vertraut, — wenn würde durch diese That sachen das schlechteste Zeugnis ausgestellt? Das Centrum herrscht in Oberschlesien seit jeher uneingeschränkt; in welcher unglücklicher Weise es verfassung nach er seine bisherigen Anhänger erhalten haben, daß sie unfähig sind, widerprüchliche Versprechungen zu erkennen, und daß sie sich einbilden, wenn sie

einige Radikalpolen wählen, daß dann am nächsten Tage die sociale Not gehoben sein werde! Die Centrumpresse entsendet einen Pfeil, der die eigene Partei trifft. —

Ein Skandal im Schleswig'schen Germanisierungsgebiet.

Wir berichteten gestern vom Pastor Jakobson, durch dessen Schuld die Kreditbank in Scherbeck flüchtig verkracht. In seinen Zusammenbruch scheint der Herr Pastor nun einige seiner früheren Germanisierungsfreunde mitziehen zu wollen. Er erhebt gegen den Amtsvorsteher in Scherbeck die Anklage, dieser habe sich zu politischen Zwecken der Fälschung der Wählerlisten und der Verleitung zum Meineide schuldig gemacht. Die Denunziation Pastor Jakobson's circulierte in Abschriften in Nordschleswig und wird von den Dänenblättern folgendermaßen wiedergegeben. Vor einiger Zeit wurde der Versuch gemacht, den Hofbesitzer Zimmermann in Nordschleswig zum Optanten zu stampeln. Der Versuch scheiterte, da Zimmermann nachweisen konnte, daß er in der Zeit, während welcher er im Auslande gewesen sein soll, tagtäglich die Bücher der Sparkasse geführt habe. Pastor Jakobson behauptet nun, der Amtsvorsteher Winter habe ihm zugemutet, auf den Schuhmacher Greifen einzuwirken, daß er als Zeuge gegen Zimmermann aufträte. Bei dieser Gelegenheit habe der Amtsvorsteher gesagt, Jakobson könne dem Greifen 1000 M., und wenn nötig auch 2000 M. bieten, wenn er unter Eid bezeugen könne, daß Zimmermann innerhalb der Optionsfrist in Dänemark gewesen sei. Als Zeugen nennt Pastor Jakobson lauter einwandfreie deutsche Patrioten, nämlich den Hofbesitzer Lassen, den Postmeister Hänisch und den früheren Vaußgehilfen Naabe.

Die Beleidigung der Fälschung der Wählerlisten bezieht sich auf folgenden, im März dieses Jahres geschehenen Vorfall. Vor der damals in Scherbeck stattgefundenen Gemeindevertreterwahl sei der Amtsvorsteher mit der Wählerliste in der Hand in das Centralhotel gekommen, um den dort anwesenden Besinnungsgegnern mitzuteilen, daß es nicht möglich sei, in der ersten Klasse einen Deutschen durchzubringen. „Aber“, habe der Amtsvorsteher bemerkt, „wenn ich die Steuerliste „ändere“, so daß Baumeister Voehmann in die erste Klasse aufrückt, dann kommt es zu einer Auslosung. Diese muß nach dem Gesetz von mir vorgenommen werden, und da will ich schon für den Ausfall sorgen — ich kenne eine unfehlbare Methode“. Danach sei die Steuerliste nach diesem Plane „geändert“ worden.

Als Zeugen für diese Vorgänge hat nach „Hejmdal“ der Pastor Jakobson den Stationsvorsteher Abraham, den Postmeister Hänisch und den Hotelbesitzer Lassen genannt. Es haben bereits Zeugenvernehmungen stattgefunden.

Spekhen.

Aus New York wird dem „V. L.“ von neuen Geldthaten des deutschen Botschafters gemeldet:

Die Vorbereitungen für den Empfang des deutschen Botschafters Freiherrn Sped von Sternburg durch Präsident Roosevelt in Oyster Bay sind beendet. Der als Ceremonienmeister fungierende Superintendent der öffentlichen Gebäude Colonel Symons geleitet in Gala-Uniform den Botschafter in einer Karosse des Präsidenten Roosevelt vom Octagon-Hotel nach Sagamore Hill. Der stellvertretende Sekretär des Staatsdepartements Loomis wird den Botschafter einführen. Es ist das erste Mal, daß eine solche Einführung außerhalb Washington's vorgenommen wird, und es wird allgemein als ein Beweis intimer Freundschaft betrachtet. Wie verlautet, werden die auszuführenden Ansprachen durch ihren herzlichen Ton bedeutungsvoll sein. Freiherr v. Sternburg wird beim Präsidenten Roosevelt frühstücken und den Nachmittag verbringen, nachdem er die Gala-Uniform im Hotel abgelegt hat.

Herr Sped v. Sternburg hat verkündet, er werde die amerikanischen Interessen gleichertweise wie die deutschen zu vertreten wissen. Die leitenden Männer der Vereinigten Staaten scheinen thätig die besten Hoffnungen in Herrn Sped — Specky, Spekchen, wie ihn Präsident Roosevelt selbst nannte — zu setzen! Und wenn Freiherr Sped gar noch für die Status des alten Freyen eine Stelle in Washington findet, dann hat er nicht nur die amerikanischen, sondern sicherlich auch die deutschen Interessen bedeutsam gefördert. —

Ausland.

Neue Kruken in Macedonien.

Die letzten Nachrichten von der Balkanhalbinsel zeigen, daß die macedonischen „Revolutionäre“, nachdem sie sich in den letzten Monaten auf keine Plänklerangriffe beschränkt haben, wieder energisch gegen die türkische Herrschaft vorgehen und sowohl in dem Bezirk Saloniki als in Konakir eine Reihe Banden zusammengezogen haben. Zunächst scheint allerdings noch nicht die Absicht zu sein, es auf größere Kämpfe ankommen zu lassen, sondern durch bald hier, bald dort ausgeführte Dynamitattentate, besonders durch Verhinderung des Eisenbahnverkehrs, Handel und Wandel in den betreffenden Bezirken zu lähmen, die türkischen Truppen in fortwährender Bewegung zu erhalten und vielleicht die fremden Mächte zu einem Einschreiten zu Gunsten der macedonisch-bulgarischen Bevölkerung zu veranlassen.

Ueber den Stand der Bewegung melden die Depeschen:

Konstantinopel, 6. August. (Melbung des Wiener k. k. Telegr.-Bureaus.) Von den Mitteilungen, welche die Porte gestern der österreich-ungarischen und der russischen Botschaft übermittelte, belagt die erste, daß der Wali von Saloniki gemeldet habe, daß der Kandenaf Jovan in Konikoba und Umgebung (Distrikt Jenidsche) die bulgarische Bevölkerung zum Aufstande ansetze und Vorbereitungen hierzu treffe. Ferner berichtet der Wali von Drohobrien, welche die Bahnbeamten in Saloniki erschleuten; dieselben sind vom Berge Peristeri bei Konakir datiert und tragen die Unterschriften von Sarafon und Damian, welche sich als Mitglieder des Generalstabes bezeichnen. Die Drohobriele belagert, infolge der 500-jährigen Unterdrückung würde die Fahne des Aufstandes zur Befreiung der Christen erhoben, die Unterzeichner fordern die Bahnbearbeiter auf, keine Christen zu befördern, um Blutvergießen und Unschuldigen zu vermeiden. General-Inspektor Hilmi Pascha meldet, er habe die Nachricht erhalten, daß eine aus 200 Köpfen bestehende Bande unter dem Kommando der Schullehrer Moraschiesch und Zapanigos, welche vor einigen Jahren nach Bulgarien entflohen waren, den Uebertritt in das Wilajet Ueslsab vorbereiten, um Hüp, Kotschoma und Kurnanowo anzugreifen.

In einer zweiten Mitteilung der Porte wird eine Meldung des Wali von Konakir über einen Vandalenkampf in Ushan (Distrikt Dohrida) wiedergegeben, bei welchem fünf Komitatshi gefallen seien, darunter der Lehrer Ergiheroff, bei dem christliche Schriftstücke gefunden wurden. Der Wali von Ueslsab berichtet, daß gestern in Beroveroffin und Stahl eine Mühle resp. Stallungen und an anderen Orten die Ernte niedergebrannt wurden.

Nach einer dritten Mitteilung der Porte telegraphierte General-Inspektor Hilmi Pascha gestern Mitternacht, Komitatshi hätten die mohammedanischen Dörfer Deulinbe und Kamma (Kreis Verlepe) überfallen und angezündet, die Bevölkerung flüchte mit ihnen im Kampfe, von Konakir seien Truppen dorthin entsendet. An verschiedenen Punkten würden die Telegraphenlinien zerstört. In Kuschabovo (Wilajet Monastir) wurden von Komitatshi das Amtsgelände und das Telegraphengebäude zerstört. 50 Soldaten seien niedergemacht worden. Zwischen den Komitatshi und einer von Verlepe entsandten Abteilung habe ein Kampf stattgefunden, dessen Ausgang noch unbekannt sei. Im Kreise Kuschabovo, heißt es weiter, wurden mehrere Dörfer angezündet und Wunden geworfen.

Konstantinopel, 6. August. (Melbung des Wiener k. k. Telegr.-Bureaus.) Infolge Unterbrechung der Telegraphenlinien erst gestern hier eingetroffene Konsulardepeschen aus Monastir vom 4. d. M. enthalten folgende Ergänzungen zu den von der Porte gemachten Mitteilungen: Komiteebanden griffen den Ort Resen oberhalb des Presba-See's sowie einige Dörfer

an. An sechs Orten kämpften die Komitees mit Truppen und an einigen Orten auch mit der mohammedanischen Dorfbewohner. Die Wackelstange der Deschurhan am Presba-See und ein Dorf bei Nejen wurden von Komitatssoldaten niedergebrannt; ebenso die Getreide-Gründe an einigen Orten. Unter den 15 oder 16 neu eingetroffenen Vandalenführern soll sich auch Oberst Jankow befinden. Sarafow weiß gleichfalls im Wilajet Monastir. In Monastir und Umgebung herrscht eine erregte Stimmung; Handel und Verkehr stoden. Der Wali von Monastir verlangte als Verstärkung eine Division. Vorberhand sind eine Brigade und acht Bataillone auf dem Wege.

Divisionsgeneral Suliman-Pascha in Saloniki hat das Kommando über die Streikcorps zur Unterdrückung des Vandalenunwesens erhalten. Die Telegraphenverbindungen mit Saloniki sind an einigen Punkten gestört; es wird an ihrer Herstellung gearbeitet. Von den acht Bataillonen, welche nach dem Wilajet Monastir beordert waren, haben zwei unter Brigade-General Bahjir Pascha Ileslib verlassen und von der Station Gradsko aus den Fußmarsch nach Monastir angetreten. Heute folgen vier Bataillone aus Ileslib und zwei von Prizrend nach. In Ileslib wurde die Garnison verstärkt. Es wurden alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen. General-Inspektor Hilmi Pascha hat seine Untersuchungsreise in den östlichen Kreisen des Wilajets Ileslib unterbrochen und ist nach Ileslib zurückgekehrt.

Sofia, 6. August. Das Blatt „Autonomia“, das Organ der inneren Organisation, enthält einen Aufruf, in dem der allgemeine Zustand für Saloniki und Monastir proklamiert wird. Hier eingetroffene Nachrichten besagen, daß alle Drahtverbindungen, die nach Saloniki und Monastir führen, abgeschnitten seien. Die Erste sei vernichtet und Brücken zerstört. Als Urheber des Aufstandes gelte Sarafow. In maßgebenden bulgarischen Kreisen wird die Bedeutung des Aufstandsversuches bezweifelt. Die Blätter kündigen die bevorstehende Rückkehr des Fürsten an.

Frankreich.

Der neue Papst in französischer Beleuchtung. Paris, 6. August. (Fig. Ver.) Die Kunst, die bösen Spiel gute Miene zu machen, wird in der Heimat dieser Redensart naturgemäß am elegantesten gehandhabt. So hat denn der neue Papst in der französischen liberalen und liberalfreundlichen Presse eine günstige, zum Teil sogar freudige Beurteilung gefunden. Die einen haben rasch ihre Hoffnungen auf die Wahl eines Kampfpapstes verlagert, die andern ihren Wunsch nach einem treuen Fortsetzer der Politik Leos XIII. Ganze und halbe Kerikalen begannen sich im Bestreben, aus der Papstwahl parteipolitischen Kapital zu schlagen, indem sie versichern, daß die nationalen Interessen Frankreichs durch die Wahl des völlig unbekanntem „outsiders“ am besten aufgehoben seien.

Während der Wahlperiode hatte der „Temp“ fast alle Papabilität zu Franzosenfreunden gestempelt, wie ja auch Leo XIII. nach liberaler Versicherung Frankreich mit besonderer Liebe bedacht haben soll. Nun versteht aber der neue Papst kein Wort französisch, was mit einem ausgeprägten französischen Patriotismus ja doch unvereinbar ist. Es wird daher über diesen widrigen Umstand elegant hinweggeschwiegen.

Weiter. Der sozusagen offizielle Kandidat der französischen Diplomatie und der Liebling der opportunistischen Kerikalen war Kardinal Rampolla. Nun er unterlegen ist, wird die Wahl Sartos für einen Sieg der „Kampfpapisten“ ausgegeben und der ahnungslose Sarto selbst als ein Liebling Leos XIII. und intimer Anhänger seiner Politik verberührt. Letzteres namentlich in einer Zuschrift des ehemaligen Redakteurs des römischen Moniteur, des persönlichen Organs des verstorbenen Papstes. Redaktionell aber vertritt sich zugleich das führende Blatt der Bourgeois-Republicaner von Pius X. eine gänzlich neutrale Haltung gegenüber der inneren Politik Frankreichs. Und dieser Wunsch wird so eindringlich betont, daß daraus eine herbe Kritik der entgegengelegten Haltung Leos XIII. wird, die noch vor wenigen Tagen — aus Rücksicht auf die Kandidatur Rampollas — verberührt wurde! ... Zugleich wird dem Lesepublikum versichert, daß die Wahl Sartos die Niederlage einer fürchterlichen antispannischen Koalition bedeute, an welcher Amerika, England, Desterreich und Deutschland beteiligt gewesen sein sollen zum Zweck, eine „anglo-sächsisch-germanische Periode des Papsttums“ einzuleiten an Stelle der „französisch-lateinischen“.

Gegenüber dieser einseitigen Stimmungsmache wirkt es wohlthuend, wenn der römische Verichterstatler des „Matin“ die „schmachliche Niederlage“ der Diplomatie des Herrn Delcassé konstatiert, der den nationalen Ehrenpunkt darin gesetzt habe, in der päpstlichen Wahlkampagne mit zu intrigieren. —

Zur französisch-englischen Annäherung. Zu dem bereits vorgestern erwähnten Schreiben des französischen Friedensfreundes d'Estournelles an den Minister des Auswärtigen, Delcassé, wird uns nachträglich von unserem Pariser Korrespondenten noch geschrieben:

Paris, 6. August. (Fig. Ver.) Der Abg. d'Estournelles de Constant, der Ueberer und Vorsitzender der Schiedsgerichtsgruppe des französischen Parlaments, soeben von seiner Londoner Reise an der Spitze der französischen parlamentarischen Delegation zurückgekehrt, macht in einem Schreiben an Delcassé drei konkrete Vorschläge zur Sicherung der französisch-englischen Freundschaft. Erstens soll ein ständiger Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und England abgeschlossen werden, wobei das Haag'sche Schiedsgericht zu verdrängen wäre. Zweitens sollen die beiden Länder sich mit Rußland verständigen zum Zweck der Beschränkung der Flottenrüstungen. Drittens und vor allem aber müßten Frankreich und England die seit 20 Jahren zwischen ihnen entstandenen Streitpunkte schiedlich friedlich schlichten.

D'Estournelles betont, daß diese Vorschläge die Zustimmung der englischen Minister und Oppositionsführer gefunden hätten. Der „Matin“ fügt hinzu, daß der zweite Vorschlag sogar zuerst von Chamberlain gemacht worden wäre. In diesem Falle muß man es als eine gelungene Ironie betrachten, wenn der englische Kolonialminister die Beschränkung der Flottenrüstungen von der Zustimmung — Rußlands abhängig macht, und das obendrein in demselben Moment, wo das Jarenreich sich anschickt, sein Flottenprogramm von 1898 rasch durchzuführen.

Von unmittelbar praktischer Bedeutung ist dagegen der dritte Vorschlag. In Frankreich wünschen alle ernst zu nehmenden Politiker eine baldige Beilegung der französisch-englischen Streitpunkte auf dem kolonialpolitischen Gebiet.

Asien.

Verhaftung chinesischer Reformpartei. Gestern wurden in Peking fünf Anhänger der chinesischen Reformpartei verhaftet. Unter ihnen befindet sich auch ein Bruder des Vicelönigs von Wutschang. Die Polizei hält alle Thore der Stadt besetzt, um das Entweichen verdächtiger Personen zu verhindern. —

Afrika.

Von der marokkanisch-algerischen Grenze. Wie der Madrider „Imparcial“ aus Melilla meldet, sind Truppen des Sultans von Marokko bei der Verfolgung von Kahlben durch französisches Gebiet gezogen, trotzdem der französische Posten sie daran zu hindern suchte. Es habe sich ein Kampf entsponnen, in dem drei Franzosen und zwei Soldaten des Sultans getötet worden seien. —

Partei-Nachrichten.

Der 13. socialdemokratische Parteitag für Neuß J. 2. findet am Sonntag, den 30. August, zu Gera statt.

Zum schweizerischen socialdemokratischen Parteitag. Die Programm-Kommission beantragt bei der Geschäftsleitung des socialdemokratischen Parteitages, denselben mit Rücksicht auf den ausgedehnten praktischen Teil des von ihr ausgearbeiteten Programms vom 4. bis 6. Oktober andauern zu lassen. Der praktische Teil dieses

Programmteilumsfaßt einen eidgenössischen, einen kantonalen und einen kommunalen Teil; ersterer zählt 33, der zweite 12 und der letztere 22 Punkte. Der eidgenössische Teil enthält u. a.: Gleichstellung von Mann und Frau, obligatorisches Referendum, Gesetzinitiative, eidgenössisches Stimmrechts-Gesetz, Volkswahl der Behörden, Proporz für alle Wahlen, Abschaffung aller armenpolizeilichen Gesetze, Abschaffung der Bundesanwaltschaft, Trennung von Kirche und Staat, Verminderung der militärischen Ausgaben, Wahl der Offiziere durch die Mannschaft, Abschaffung des besondern Militärstrafrechts, Banknotenmonopol, Getreidemonopol, Tabakmonopol, Monopol der Wasserkräfte, Schutzgesetze für Wirtschaftspersonal, Ladenpersonal, Diensthofen, Lehrlinge usw. —

Politisches, Gerichtliches usw.

„Und immer wieder Krankenkassen-Schwindel.“ Unter dieser Epigramme hatte das Garburger „Vollblat“ die Geschäftsabbarung der vertrachten „Sächsischen Central-Krankenkasse“ zu Chemnitz kritisiert. Die Vorstandsmitglieder der Kasse lästeten sich durch den Artikel beleidigt und strengten gegen den verantwortlichen Redacteur des „Vollblat“, Genossen Riedlinger, eine Beleidigungssache an. Ihr Vertreter, Herr Rechtsanwalt Dr. Regula, hielt die Beleidigung für so schwer, daß er beantragte, nicht auf eine Geldstrafe, sondern auf eine Gefängnisstrafe zu erkennen. Diesen Gesellen hat das Gericht dem Herrn allerdings nicht, erkannte aber auf eine Geldstrafe von 60 M.

Eine Censur der Wirtschaftlicher des als Allerneueste, auf das die sächsischen Behörden verfallen sind. In dem französischen Gasthof „Zum deutschen Kaiser“ in Markersdorf bei Alt-Chemnitz hatte während der Reichstagswahl eine socialdemokratische Versammlung stattgefunden. Jetzt ist dem Gasthofbesitzer von der Amtshauptmannschaft Chemnitz folgendes Schriftstück zugegangen:

Chemnitz, den 29. Juli 1903.

Nachdem Sie Ihren Gasthof für socialdemokratische Wähler-versammlungen zur Verfügung gestellt haben und deshalb über denselben das Militärverbot verhängt worden ist, befindet die königliche Amtshauptmannschaft, daß die Benennung desselben als Gasthof zum deutschen Kaiser fernerhin unzulässig ist.

Sie erhalten deshalb hiermit Auflage, und zwar zur Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 100 M. für jeden Zuwiderhandlungsfall, an deren Stelle im Falle der Unreinlichkeit 5 Tage Haft zu treten haben, die Benennung Ihres Gasthofs als Gasthof zum deutschen Kaiser vom Empfang dieser Verfügung an zu unterlassen und die so lautende Bezeichnung an und in demselben, sowie überhaupt auf dem ganzen zu Ihrem Gasthof gehörigen Grundstück sowie in dessen Nähe binnen drei Tagen zu entfernen. Auch wird Ihnen schon jetzt eröffnet, daß eine andere gleichartige Benennung Ihres Gasthofs nicht geduldet werden wird. Die königliche Amtshauptmannschaft.

(Name unleserlich.)

Die königliche Amtshauptmannschaft hat es unterlassen, auf diejenige gesetzliche Bestimmung hinzuweisen, welche ihr ein Recht zu dieser Verfügung giebt — mit gutem Grund: eine solche gesetzliche Bestimmung existiert eben nicht. Wir können dem Wirt nur raten, der Amtshauptmannschaft demnach entgegenzukommen. Zunächst mag er durch die Anrufung der vorgeschriebenen gesetzlichen Instanzen der Amtshauptmannschaft beweisen, daß sie nicht das Recht hat, einem Wirt die Aenderung seines Wirtschaftsbildes vorzuschreiben. Wenn aber dann die Amtshauptmannschaft befehlt ist, mag er als der Klügere nachgeben und sein Wirtschaftsbild „zur roten Republik“ nennen. Er hat so sein gesetzliches Recht gewahrt und der Amtshauptmannschaft doch den Gehorsam getan. Man muß immer sehen, daß man mit sächsischen Behörden in Güte zurecht kommt!

Aus Industrie und Handel.

Neue Fusionen im Ruhr-Kohlenrevier. Wie uns von unterrichteter Seite gemeldet wird, wird demnächst wahrscheinlich die Gewerkschaft „Friedrich der Große“, Feine, mit einer größeren Bergwerks-Gesellschaft vereinigt werden. Diese Fusion macht bekanntlich bei der Verlängerung des Syndikats Schwierigkeiten, und wird deshalb von zwei größeren Werken, für welche die Syndikatsverlängerung von größter Wichtigkeit ist, versucht, die Gewerkschaft „Friedrich der Große“ anzulassen. Allen Anschein gehen diese Versuche von der Gesellschaft „Hibernia“ oder der „Gelsenkirchner Gesellschaft“ aus.

Gewerkschaft „General Blumenthal“, Redlinghausen. In der gestern in Redlinghausen abgehaltenen außerordentlichen Gewerkschaftsversammlung waren sieben Gewerkschaften mit 988 Kugeln vertreten. Davon vertrat Bergat Behrens für die Bergwerks-Gesellschaft „Hibernia“ 908 Kugeln.

Punkt 1 der Tagesordnung wurde dadurch erledigt, daß an Stelle des alten Grubenvorstandes die Herren Geheimer Bergat und Ober-Bergat Hanz zu Dortmund, Rentier August Weder zu Düsseldorf, Generaldirektor Bergat Behrens zu Herne, Direktor Dyderhoff zu Herne und Bureauchef Papentin zu Herne neu in den Grubenvorstand gewählt wurden. Hierauf konstituierte sich der neue Grubenvorstand und wählte zu seinem Vorsitzenden Generaldirektor Bergat Behrens. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß nach Abzug der auf „General Blumenthal“ für die Jahre 1903 und 1904 zu erwartenden Gewinnbeträge zum Zwecke der Sanierung der Bilanz, Verkaufung eines angemessenen Betriebsfonds sowie der für den Ausbau der beiden Schachtanlagen erforderlichen Geldmittel insgesamt etwa 6 700 000 M. erforderlich seien. Es wurde beantragt, zur Dedung des für sofort und bis Ende des laufenden Jahres erforderlichen Geldbedarfes eine Zuzube von 3250 M. pro Kugel, zahlbar am 1. September d. J., auszusprechen, wobei sich der Grubenvorstand vorbehält, im geeigneten Moment, etwa zu Anfang des nächsten Jahres, eine weitere den Verhältnissen entsprechende Zuzube in Antrag zu bringen. Nach einer Erläuterung des Bergats Behrens wurde der Antrag auf Einziehung von 3250 M. Zuzube pro Kugel mit 980 Stimmen genehmigt. Ferner genehmigte die Gewerkschaftsversammlung den Beitritt der Gewerkschaft „General Blumenthal“ zu dem neuen Vertrage mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat.

Eisen- und Stahlwerke Hoesch, A.-G., in Dortmund. Der in der Sitzung des Aufsichtsrats vorgelegte Abschluß für 1902/3 weist einen Bruttogewinn von 4 372 080 M. (2 046 357 M. im Vorjahre) auf. Hiervon werden 2 137 981 M. (i. R. 2 327 534 M.) zu Abschreibungen verwendet. Von dem verbleibenden Reingewinn von 2 234 499 M. (i. R. 822 822 M.) sollen 1 200 000 M. zur Verteilung einer Prozentigen Dividende benutzt sowie 500 000 M. dem Specialfonds zugewiesen werden. Ferner erhalten die Beamten-Pensionskasse 75 000 M., die Arbeiter-Witwenkasse 25 000 M., das Werksanlagens-Tonto 200 000 M.

Ungarischer Saatensandsbericht. Nach dem amtlichen Bericht des Ackerbau-Ministeriums entspricht die Qualität der Getreide-Arten den Erwartungen nur an wenigen Orten. Roggen und Hafer geben am wenigsten Veranlassung zu Klagen. Diese Produkte liefern hinsichtlich der Farbe und des Gewichtes eine gute Mittelernte, hingegen kommt beim Weizen infolge des häufigen Regens viel festes, beziehungsweise saftiges Korn vor, obwohl das Gewicht desselben genügend hoch ist. Auch der Gerste hat der Regen viel geschadet; in den meisten Gegenden ist der Kern gelb und teilweise bräunlich. Selten ist die ganz anstandslos weiskörnige Gerste. Trotz alledem wird es dieses Jahr hinreichend genug Brangerste geben. Der Rais hat die ungewöhnlich günstige Entwicklung nicht nur beibehalten, die Pflanze steht im Landesdurchschnitt sogar wesentlich besser als in derselben Periode der früheren Jahre. Die Ernte des Winterweizens ist, mit Ausnahme der höher gelegenen Gegenden, im allgemeinen schon beendet, und ist jetzt das Einfahren, in Schöber legen und stellenweise sogar der Drusch an der Tagesordnung; an einzelnen Orten sind schon Probeernte dargenommen worden, obzwar im Vergleich zu den früheren Jahren diese Arbeit zurückgeblieben ist. Die Ernte des Winterroggens und der Halbschrot ist, mit Ausnahme der höchsten Gebirgsgegenden, im ganzen Lande beendet. Das Ergebnis ist sehr ver-

schieden, trotz alledem hat dasselbe dem erwarteten Durchschnitt entsprochen, denselben stellenweise sogar übertroffen. Die Qualität ist durchweg befriedigend, stellenweise sogar vorzüglich. Sporadisch hat die Hitze und teilweise der viele Regen der Qualität des Roggens geschadet.

Vom amerikanischen Eisenmarkt. Nach dem Bericht des „Iron Age“ herrscht fast in allen Zweigen des amerikanischen Eisenhandels Unsicherheit, die teils darauf zurückzuführen ist, daß die Verbraucher das Verlangen auf Hinauschieben der Abnahme zeigen, und teils auf die schwierige Lage der Geld- und Wertpapiermärkte, welche auf die Gründung neuer Unternehmungen insofern fördernd wirkt, als ihre Finanzierung mit Schwierigkeiten verknüpft ist. In gut unterrichteten Kreisen verläutet, daß die Stahlproduzenten beschaffen haben, der Einfuhr von Stahlbilletts Einhalt zu thun und dieselben Preise stellen werden, wie es seitens des Auslandes in Tidewater oder an Plätzen im Innern geschieht. Der Stahlmarkt liegt im allgemeinen ruhig.

Morgan'scher transatlantischer Schiffsahrtstrust. Heute ist in London das Abkommen zwischen dem Morgan-Schiffsahrtstrust einerseits und der englischen Admiralität und dem Handelsamt andererseits veröffentlicht worden, das folgende Bestimmungen enthält:

Die englischen Gesellschaften, welche dem Trust angehören, werden nach wie vor in gleicher Weise wie die übrigen englischen Gesellschaften in Bezug auf die militärischen Marine- und postalischen Leistungen behandelt, welche von der englischen Regierung gefordert werden können. Die Fahrzeuge werden auch ferner unter den gleichen Bedingungen wie früher für den Anlauf durch die Regierung bereit stehen. Die Abmachung mit dem Morgan-Trust dauert 20 Jahre von September 1902 (?) an gerechnet und ist alle fünf Jahre kündbar. Die englische Regierung kann den Vertrag zu jeder Zeit aufheben, wenn der Trust die Interessen des englischen Handels verletzt. Kein englisches Schiff des Trusts darf ohne englische Erlaubnis in ein ausländisches Register eingetragen werden. Die Kapitäne und Offiziere der englischen Schiffe sollen englische Unterthanen sein. In der Mannschaft werden die Engländer in demselben Verhältnis vertreten sein, wie es für andre Schiffe gleicher Art vorgeschrieben ist. Die Mehrheit der Direktoren der dem Trust angehörenden englischen Gesellschaften muß aus Engländern bestehen. Die letzte Instanz bei Streitigkeiten ist der Lordkanzler.

Die geplante schweizerische Landes-Notenbank. Der auf dem Finanzdepartement ausgearbeitete Entwurf eines neuen Gesetzes über die Errichtung einer centralen Notenbank bestimmt: Der Geschäftskreis der Bank bleibt der nämliche wie in den früheren Entwürfen. Das Grundkapital beträgt 50 Millionen Frank, eingeteilt in 100 000 Aktien zu 500 Frank. 20 Millionen werden den Kantonen, 10 Millionen den bisherigen Emissionsbanken reserviert, der Rest wird durch öffentliche Subskription aufgebracht. Der Bankrat besteht aus 40 Mitgliedern, von denen 15 durch die Versammlung der Aktionäre, 25, unter ihnen der Präsident und der Vicepräsident, vom Bundesrat gewählt werden. Der Bankauschuß besteht aus dem Präsidenten und dem Vicepräsidenten des Bankrats und den vom Bundesrat gewählten Vertretern der Kantone Genf, Bern, Basel, Zürich und St. Gallen. Mitglieder der Bundesversammlung und der kantonalen Regierungen sind nicht in den Bankrat wählbar. Die Generaldirektion und die Lokaldirektionen werden vom Bundesrat gewählt. Von dem Reingewinn werden nach Speisung des Reservefonds mit 15 Proz. rund 2 200 000 Frank für die Kantone als Abfindung für den Wegfall der Banknotensteuer vorgenommen. Hierauf wird die Aktien dividende bis höchstens 4 Proz. ausgerichtet. Den etwaigen Ueberschuß erhalten die Kantone. Die Dauer des Privilegiums für die Banknoten-ausgabe beträgt 15 Jahre, die Frist zum Rückzug aller alten Noten drei Jahre. Die Bank wird den bisherigen Emissionsbanken die Rückzugoperation durch Vorkäufe erleichtern. Die Frage, welche Stadt den Sitz der Bank erhalten soll, wird einer späteren Beschlußfassung vorbehalten.

Sociales.

Mißbrauch der Ausgehzeit der Arbeiter.

Unter dieser die freimüthige Auffassung charakterisierenden Ueberschrift teilt die „Dresdener Zeitung“ folgende Verfügung des Handelsministers und des Ministers des Innern mit, die diese vor einiger Zeit zu erlassen für nötig gehalten haben:

Es ist zur Kenntnis der Minister gelangt, daß in der Rheinprovinz in fast allen größeren Städten und Orten mit lebhaftem Fremdenverkehr in den Kreisen der Beteiligten die Meinung verbreitet ist, durch die Vorschrift über die Gewährung der 24 stündigen Ruhezeiten seien die Angestellten während dieser Ruhezeiten auch an Anordnungen nicht mehr gebunden, die der Prinzipal für die in seine Hausgemeinschaft aufgenommenen Gesellen und Lehrlinge im Interesse der Hausordnung, insbesondere über das rechtzeitige Nachhausekommen am Abend der freien Tage, getroffen hat. Die Folge davon ist, daß die Angestellten an diesen Tagen vielfach einen Lebenswandel führen, der sie zur Arbeit am folgenden Tage unfähig macht und schließlich ihre Entlassung nach sich ziehen muß. Der hierdurch veranlaßte häufige Stellenwechsel hat für beide Teile große Unzulänglichkeiten im Gefolge. Die Minister machen deshalb darauf aufmerksam, daß die Bundesratsverordnung nur die gewerbliche Beschäftigung der Angestellten regelt, und demnach auch nur die Verpflichtung besteht, die Angestellten während der 24 stündigen Ruhezeiten nicht zu gewerblicher Arbeit heranzuziehen; die Befugnis des Prinzipals, für die seiner Hausgemeinschaft angehörenden Angestellten die im Interesse der Hausordnung erforderlichen Anordnungen zu treffen, wird daher nicht berührt, nur darf den Angestellten nicht, entgegen den Absichten der Verordnung, der Genuß der freien Tage dadurch unmöglich gemacht werden. Die Ortsbehörden werden mit entsprechender Anweisung versehen.

Dazu bemerkt das freimüthige Blatt:

Dieselben Beobachtungen sind natürlich nicht nur in dem verkehrsreichen Westen, sondern auch in dem verkehrsärmeren Osten gemacht worden. Wir glauben nicht, daß diese neue Verfügung, die doch nur die Einschränkung einer Einschränkung ist, sonderlich viel helfen wird. Das nächste Ummeln der jugendlichen Angestellten wird man zwar einigermaßen verhüten können, aber in dem etwa 16 Tagestunden, in denen sich selbst durch die Hausordnung kein Wort zur Regelung der Lebensweise finden lassen wird, dürfte die Ummelerei um so intensiver weitergehen. Selten hat sich wohl eine Verfügung vom grünen Tisch als so durchaus reifungsbedürftig erwiesen, wie die gesetzliche Regelung der Ruhezeit der Gasthofsangestellten. Während sie auf der einen Seite den Wirten fast unträgliche Erschwernungen und Beschränkungen des Betriebes verursacht, bringt sie — diese Erfahrung wird wohl jeder Leiter eines großen Gasthofsbetriebes oder Restaurants bestätigen — namentlich für die jugendlichen Angestellten nicht geringe Gefahr stilletlicher Verwahrlosung.

Soweit es sich um jugendliche Personen handelt, die in einem Lehrverhältnis stehen, scheinen uns sowohl die Klagen der Wirte wie die Verfügung des Ministers thöricht. Die Bemerkungen des freimüthigen Blattes aber verraten nur den Haß gegen allen Arbeiterschutz. Nicht die Ruhezeit, zu deren Gewährung die Wirte erst gezwungen werden mußten, führt zur Verwahrlosung der jungen Leute, sondern die übermäßige Ausbeutung ihrer Körperkräfte; daß sie bis zum Erlah der Verordnungen einer solchen ausgegeseht waren, das wird zum Teil die Ursache sein, wenn junge Leute mit ihrer jegigen freien Zeit nichts Rechtes anzufangen wissen. In der Hauptache dürfte aber nur eine sträflische Verwahrlosung der einem Lehrverhältnis übertragene Erziehungsverpflichtung zu Grunde liegen. Wirte, die gegenüber den ihrer Pflicht anvertrauten jungen Leuten ihre Pflicht mit dem nötigen sittlichen Ernste erfüllen und in den jungen Menschen mehr als wie ein billiges Ausbeutungsobjekt sehen, werden im allgemeinen kaum über Mißbrauch der Ruhezeit zu klagen haben. Wer nur dadurch erzieherisch auf die Lehrlinge einwirken zu können behauptet, daß er sie bis zur völligen Erschöpfung arbeiten läßt, der ist überhaupt zum Erzieher ungeeignet und ihm sollten Eltern ihre Kinder überhaupt nicht anvertrauen.

Soweit erwachsene Angestellte in Frage kommen, liegt eine

breitste Annahme darin, von Mißbrauch der Ruhezeit zu reden und eine Abmilderung zugleich, denn mit der gleichen Begründung könnte man ja auch fordern, daß alle Arbeiter Tag für Tag, jeden Sonntag und Feiertag solange zu arbeiten gezwungen würden, daß sie vor Erschöpfung zu keinem Mißbrauch ihrer Ruhezeit mehr fähig wären; sicher wird der Prozentsatz derjenigen, die ihre Ruhezeit nicht so anwenden, wie es wissenschaftlich wäre, unter den Keilnehmern nicht erheblich größer sein, wie unter den andern Arbeitern. Und wie werden denn die Herren ihre Ruhezeit an, die sich zu Erzählen der Arbeiter berufen glauben?

Reben der Abmilderung gegen den Arbeiterschutzes spricht sich in diesen Klagen nur eine klägliche Unfähigkeit zur Beurteilung volkswirtschaftlicher Fragen aus. Die Herren v. Hammerstein und Möller aber hätten wohl nützlichere zu thun, wie eine derartige Verfügung zu erlassen; sie sollten die Ortsbehörden mit Anweisung versehen, daß sie auf genaue Beobachtung der Bundesrats-Verordnung ihr Augenmerk richten. Wenn sie daneben noch der Hausordnung der Prinzipale ihre Aufmerksamkeit schenken wollen, so bietet vielleicht die Art der Unterbringung der Angestellten, die Beschaffenheit ihrer Schlafräume und ähnliches ein dankbares Objekt ihrer fürsorglichen Bemühungen um das Wohl der Angestellten.

Die Rechtsverbindlichkeit der Arbeitsordnung.

Durch Klage beim Gewerbegericht verlangte der Schriftfeger M. vom Buchdruckereibesitzer Fehrl eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Als ihm vor dem Gewerbegericht entgegengehalten wurde, daß durch die im Betriebe ausführende Arbeitsordnung die Kündigungsfrist ausgeschlossen sei, berief sich Kläger auf Urteile auswärtiger Gewerbegerichte, wonach in keinem Falle der bloße Ausschlag der Arbeitsordnung genüge, die Bestimmungen verbindlich zu machen. Es müßte auch die Bestimmung der Gewerbe-Ordnung erfüllt werden, daß in Betrieben mit mehr als 20 Personen jedem Arbeiter ein Exemplar der Arbeitsordnung auszuhändigen sei. Außerdem komme in seinem Falle noch in Betracht, daß ihm längere Beschäftigung zugesichert worden sei, indem man ihm sogar einen besseren Platz versprochen habe. — Das Gewerbegericht erkannte indessen zu Ungunsten des Klägers. Es sei richtig, führte Gewerbeichter L. Wier aus, daß die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Bestimmungen der Arbeitsordnung in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern geteilt seien. Indessen halte das Berliner Gewerbegericht an seinem Standpunkt fest, daß in solchen Betrieben, wo ja eine Arbeitsordnung vorhanden sein müsse, der bloße Ausschlag derselben für rechtsverbindlich mache. Wenn die Gewerbe-Ordnung auch die Ausfertigung eines Exemplars an jeden Arbeiter vorschreibe, so sei das nur eine Ordnungsvorschrift, deren Übertretung nur dem Arbeitgeber zu einer Strafe verurteilen könne, ohne daß sie eine wirkungsvolle Bedeutung habe. Der Kündigungsentscheid durch die Arbeitsordnung sei somit für den Kläger verbindlich gewesen, wenn er auch kein Exemplar der Arbeitsordnung ausgehändig erhalten. Aber auch auf das Versprechen einer längeren Dauer des Arbeitsverhältnisses könne Kläger sich nicht berufen. Ein solches allgemeines Versprechen sei rechtlich unverbindlich. Ein Anspruch des Klägers könne darum nicht anerkannt werden.

Wiederholte hygienische Zustände sollen nach der „Pfälzischen Post“ in der Strafanstalt Zweibrücken herrschen. Nach den Angaben des Wärters werden dort überhäufte Gefangene mit der Herstellung von Kapierböden beschäftigt, die für Wäcker, Konditoren, Kolonialwarenhändler und Fleischer bestimmt sind. Wenn sich die Mitteilung bestätigt — und das Wort beruht sich auf zuverlässige Informationen — so läge hier eine arge Leichtfertigkeit vor, die schnellstens abgestellt werden müßte.

Versorgungswirtschaftliche Massenarbeit. Der Vorstand der Sektion I (Hannover) der Nordwestdeutschen Eisen- und Stahl-Versorgungsgesellschaft hat im Jahre 1902 in 12 Sitzungen 708 Rentenfestsetzungen, durchschnittlich also in jeder Sitzung 60 bis 67 Rentenfestsetzungen, erledigt. Bei solcher Massenabfertigung ist eine eingehende Prüfung des einzelnen Falles vollständig ausgeschlossen. Es wäre noch interessant zu erfahren, wie viele dieser Bescheide mit Erfolg angefochten worden sind.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Glaser. In der Versammlung, die am Donnerstag im Gewerkschaftshaus tagte, wurde beschlossen, daß überall dort die Arbeit niedriger liegen ist, wo der Tarif nicht bezahlt wird. Die Unternehmer haben zwar zumeist erklärt, daß sie die getroffene Vereinbarung anerkennen, es wird aber nimmermehr darauf ankommen, ob sie Wort halten und am Schluß der Woche den Lohn nach dem neuen Tarif bezahlen. Es sind, um genaue Feststellungen zu ermöglichen, Fragebogen für alle Geschäfte ausgegeben worden, die von den Werkstätten-Vereinsmitgliedern auszufüllen sind und deren Ergebnis in der am Montag stattfindenden Versammlung mitgeteilt wird. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind in den gesperrten Bezügen in den Geschäften, welche die Bewilligung nicht zugesichert haben, nur einige unorganisierte Glaser tätig. Von verschiedenen Geschäften ist eine positive Nachricht noch nicht eingegangen und wurde beschlossen, daß alle diejenigen Firmen gesperrt werden sollen, von welchen bis zum Montag das genaue Resultat der Organisation nicht mitgeteilt ist. Zu den bisher gesperrten Firmen kommen noch hinzu: Das Spiegelglas-Verkaufs-Comptoir und A. L. Hermann u. Co. wegen Nichtanerkennung des Tarifs und die Firma Nachmann, weil hier die Arbeiter, die den Tarif forderten, abwechselnd tagelang ausbleiben müssen. Wie berichtet wurde, sind bei Stier in Nieder-Schönebeck außerordentlich ungünstige Verhältnisse. Es sollen dort junge Glasergehilfen in Kost und Logis und mit einem Wochenlohn von elf Mark beschäftigt sein, und, wie behauptet wird, ist die Beschäftigung nicht nur völlig ungenügend, sondern es müssen zwei der jungen Leute in einem Bette zusammen schlafen. Den dort Beschäftigten wurde anheim gegeben, in der geeigneten Weise vorzugehen.

In der Versammlung gelangte einstimmig ein Antrag zur Annahme, nach welchem entsprechend früheren Beschlüssen jedwede Kooperationsarbeit zu verweigern ist.

Nach den getroffenen Vereinbarungen mit der Unternehmer-Vereinigung darf dieselbe eine Maßregelung nicht erfolgen. Empfohlen wurde schließlich eine, die Ueberstundenarbeit möglichst einzufrieren, da noch ein Teil Arbeitsloser vorhanden ist. — Die nächste Versammlung findet am Montagabend im Gewerkschaftshaus statt.

Buchbinder, Gesanterie- und Lederarbeiter! Unsere Kollegen stehen in Leipzig bei der Firma Gross im Streik. Durch Mittelspersonen wird versucht, Kollegen für diese Firma anzuwerben. Wir erwarten, daß niemand für Gross Arbeit annehmen wird, ehe der Streik beigelegt ist. Zugang ist streng fern zu halten! Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Die Lohnbewegung der Hiesenseiter hat, wie gestern abend in der öffentlichen Hiesenseiter-Versammlung berichtet wurde, bisher recht guten Erfolg gehabt. Die Forderungen wurden bewilligt von allen Geschäften mit Ausnahme der Firma Schmalisch u. Welow, über die bekanntlich die Sperre verhängt ist, und der in der folgenden Resolution genannten Firmen:

Die Versammlung beschließt, daß die Kollegen bei Rosenfeld u. Co., Willeroh u. Woch und Ernst Ende am Sonnabend wegen Bewilligung des 80 Pf. Stundenlohnes vorstellig werden und, wenn die Bewilligung nicht erfolgt, am Montag die Arbeit nicht wieder aufnehmen und damit dokumentieren, daß sie sich mit der Mehrzahl der Hiesenseiter solidarisch

erklären. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen für seine Rechte energisch einzutreten. Die Versammelten geloben, diesen Beschluß mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Die übrigen Arbeiter des Baugewerbes werden ersucht, auf die Durchführung dieses Beschlusses ebenfalls Acht zu geben.

Deutsches Reich.

Die Erfurter Zimmerer beschließen am Mittwochabend den parteilosen Streik. Die Arbeitgeber gaben auf die von den Gesellen eingereichten Lohnforderungen, mit einigen Ausnahmen, keine Antwort. In den neuen Bedingungen arbeiten 25 Mann. Die Gesellen der einzelnen Geschäfte, in denen die Forderungen nicht bewilligt werden, treten in den nächsten Tagen in den Ausstand.

Zum Lohnkampf der Maurer in Dortmund wurden in der bürgerlichen Presse Mitteilungen verbreitet, welche von einem Entgegenkommen der Innung sprachen, das eine baldige Beendigung des Kampfes erwarten ließ. Nach unsem Dortmund Partei-Organ sind diese Mitteilungen erfunden zu dem ausschließlichen Zweck, auswärtige Maurer nach Dortmund zu locken. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse ganz anders. Herr Bürgermeister Lichtenberg hatte zum Sonntagmorgen Vertreter der beiden Organisationen und des Gesellenauschusses zu sich geladen, um über die Beilegung des Kampfes zu beschließen. Es stellte sich hierbei heraus, daß die Behörde über die Forderungen der Maurer usw. falsch informiert war. Nach längerer Beratung, in der Herr Bürgermeister Lichtenberg versprach, sein möglichstes zur Beilegung des Streites zu thun, erklärten sich die anwesenden Vertreter der Maurer bereit, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuerkennen. Am Montag hat dann eine Beratung des Herrn Bürgermeisters mit dem Innungsvorstande stattgefunden. Ob hier von seiten der Innung irgend welche Zugeständnisse gemacht worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. In der darauf am Dienstag stattgefundenen Innungsversammlung wurde aber beschlossen, von den Maurern die Aufhebung der Sperren, also die bedingungslose Aufnahme der Arbeit zu verlangen, vom nächsten Jahre ab einen Höchstlohn von 50 Pf. bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit gnädigst zu gewähren, das Gewerbegericht als Einigungsamt nicht anzuerkennen und sich die Einmischung der Behörden für die Zukunft zu verbitten. — Von einem Entgegenkommen der Innung kann also keine Rede sein. Zugang von Maurern ist deshalb von Dortmund nach wie vor fernzuhalten.

Streikführer. Vor dem Schöffengericht in Köln standen acht Putzer unter der Anklage, mehrere Arbeitswillige durch Drohung und Mißhandlung zur Teilnahme an dem Kölner Bagerausstand zu bestimmen versucht zu haben. Nach der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt selbst nur bei zweien die Verurteilung und zwar zu je vierzehn Tagen Gefängnis. Das Gericht hielt nur bei einem die Mißhandlung für erwiesen. Es sprach sieben frei; einen verurteilte es zu 30 Mark Geldstrafe. In der Begründung heißt es: Die Angeklagten hätten das Recht gehabt zu streiken und andere zur Teilnahme zu überreden; aber sie hätten die zulässigen Grenzen überschritten. Das Gericht habe den Angeklagten zu gute gehalten, daß es sich bei dem Ausstande um eine Sache handle, bei der nur durch Gemeinschaftlichkeit etwas zu erreichen sei.

Die Firma Karl Zeiß in Jena sucht die Entlassungen in ihrem Betriebe durch eine längere Zuschrift an die Lokalpresse in Jena zu rechtfertigen. Die Urfragen sind die gestern schon von uns erwähnten, in der Hauptfrage die zunehmende Leistungslosigkeit der Arbeiter. Als Erklärung dafür fügt die Firma bei, daß sie infolge der rapiden Entwicklung einzelner Zweige des Geschäfts relativ viel jugendliche Arbeiter und Personen aus anderen Berufen einstellen mußte. Es soll sich dabei um etwa 230 Personen handeln, deren Leistungsfähigkeit mit der wachsenden Reife rapide zunahm. Gefährdet wurde vorzugsweise solchen, die sich als für die hier in Frage stehenden Arbeiten am wenigsten geeignet erwiesen hatten. Daneben wurde besonders in Betracht gezogen, ob bei dem zu Entlassenden anderweitiges Fortkommen als wahrscheinlich angenommen werden könne, also ob derselbe noch ein anderes Handwerk gelernt habe, Familie habe und dergleichen. Die Höhe der seitens der Firma zu gewährenden Abgangentschädigung wurde erst in dritter Linie, nämlich so gut wie gar nicht in Betracht gezogen. Diese beträgt daher auch nicht weniger als 20 000 M. In der That schwanken die gewährten Abgangentschädigungen zwischen 270 und 1175 M. Auch den entlassenen jugendlichen Arbeitern wurden entsprechende Entschädigungen beläufiger Fortkommens zugestanden. — Davon, daß sämtliche Mitglieder des Arbeiterausschusses ihre Amt niedergelegt haben und in der That seit einigen Tagen bei der Firma Zeiß kein Arbeiterausgang mehr besteht, enthält die Zuschrift an die Presse kein Wort. Die verlautet, ist es in den letzten Ausschätzungen zwischen der Geschäftsleitung und einzelnen Mitgliedern des Arbeiterausschusses über Beschwerden von Arbeiterseite zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Die Beschwerden richteten sich angeblich gegen Verneiner, gegen die Methode bei der Festsetzung der Accordpreise und dergleichen. Wahrscheinlich sind die Mitglieder des Arbeiterausschusses mit den ihnen zu teil gewordenen Aufklärungen nicht zufrieden gewesen und da eine ihnen gesicherte Bewilligung der Differenzen nicht erfolgt ist beziehungsweise zugesichert wurde, sind sie von der ihnen übertragenen Funktion zurückgetreten.

Eine neue Niesenaussperrung

steht in Crimmitschau bevor. Von dort meldet uns ein Privat-Telegramm:

Infolge der Zehnstunden-Bewegung erhielten 7 bis 8000 Textilarbeiter gefündigt. Wenn bis zum Ablauf der Kündigungsfrist keine Einigung erzielt ist, wird die Aussperrung perfekt werden.

Vor Zugang wird dringend gewarnt. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Die dritte internationale Lederarbeiter-Konferenz tagte am 2. und 3. August im Volkshaus zu Madrid. Anwesend waren 10 Delegierte, die 8 verschiedene Länder repräsentierten. Die Konferenz wurde von dem Vorsitzenden des internationalen Sekretariats der Lederarbeiter, Baerssch, aus Berlin eröffnet. Nachdem der Tätigkeitsbericht des Sekretariats sowie die Berichte aus den verschiedenen Ländern erlesen waren, wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt: Alle internationale Unterstützung soll durch das Sekretariat erfolgen und demgemäß sollen auch alle für diesen Zweck bestimmten Gelder an das Sekretariat gesandt werden. Unterstützung durch das Sekretariat soll nur bei Aussperrungen und Verteidigungsstreiks, sowie dann, wenn es sich um das Koalitionsrecht handelt, gewährt werden. Die Organisationen aller Länder sollen fortlaufend über ihre Kämpfe an das Sekretariat berichten, damit dieses bei Verteidigungsstreiks über die eventuell zur Verfügung stehenden Mittel genau unterrichtet ist. Des weiteren sollen alle Verbandsblätter und andre derartige Schriften dem Sekretariat sowie den Verbandsleitungen der verschiedenen Länder zugestellt werden. Zur Stärkung des internationalen Sekretariats sollen noch besondere Bestimmungen getroffen werden, die dann in den verschiedenen Verbandsorganen veröffentlicht werden. Ferner wurde noch ein Beschluß gegen die Sonderbandelei gefaßt. Auf solche Arbeiter, die nicht dem in ihrem Lande existierenden, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Lederarbeiter-Verband angehören, soll in kritischen Fällen keine Rücksicht genommen werden.

Der Generalstreik in Barcelona ist gescheitert und hat die Stadt wieder ihr gewöhnliches Aussehen angenommen. Einige Verhaftungen, zahlreiche Hausdurchsuchungen, sowie die Beschlagnahme von Plakaten revolutionären Inhalts haben die Bewegung unterdrückt. Die bekanntesten Anarchisten haben die Stadt verlassen.

Verfammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am 4. d. M. ihre ordentliche Generalversammlung ab. Dem vom 1. Vorsitzenden Lammé gegebenen Vorstandsbericht nach ist die Teilnahme an den Unterrichtskursen infolge der Reichstagswahlen etwas zurückgegangen. Im Kursus für Nationalökonomie, in dem Schriftsteller G. Bernhardt über „Reichsfinanzreform und die Einkommensbesteuerung in Preußen“ las, waren 64 Teilnehmer eingeschrieben; in Geschichte, Vortragender Dr. R. Steiner über „Geschichte des Industrialismus im 19. Jahrhundert“, 59 Teilnehmer, während an der von Dr. R. Steiner geleiteten Redeübung 97 Mitglieder teilnahmen. Von sonstigen Veranstaltungen der Schule fand eine Sonntags-Versammlung statt, in der Genosse Dittmer über „Genf und die Arbeiterbewegung in der französischen Schweiz“ referierte; außerdem fand eine Partie nach Hirschparken und Tegel-Saatwinkel und am 28. d. M. eine Jollenfahrt nach Woltersdorfer Schleufe. Nach dem von G. Königs gegebenen Klassenbericht betrug die Gesamteinnahme im verfloffenen Vierteljahr 514,95 M., die Gesamtausgabe 620,50 M., so daß von einem Klassenbestand vom 1. April von 2822,25 M. am 1. Juli ein Klassenbestand von 2716,13 M. verbleibt. Nach dem Bericht des Bibliothekars Niedlinger umfaßt jetzt die fleißig benutzte Bibliothek 1568 Bände. Den Bericht des Lehrerkollegiums gaben die Gen. Bernhardt und Dr. Steiner, die mit dem Interesse, mit welchem ihre Zuhörer ihren Vorlesungen folgten, außerordentlich zufrieden zu sein erklärten. Im Laufe der sich an diesen Bericht anschließenden Diskussion wird beantragt, eine Bibliothekskommission zu wählen, die für zweimäßige Vervollständigung der Bibliothek sorgen soll. Von der Generalversammlung werden Dittmer und Geißner in diese Kommission gewählt. Die Konstituierung bleibt dem Vorstand überlassen. An Stelle des ausscheidenden Revisors Müller wird Treu gewählt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, Schulangelegenheiten, macht Lammé den Vorschlag, vom 1. Oktober 3 Kurse stattfinden zu lassen, und zwar Geschichte, Nationalökonomie und Redeübung. Nach längerer Diskussion, in der der Wunsch hervortrat, mehr Kurse lehren zu lassen, wird dem Vorschlag des Vorstandes zugestimmt. Ebenso wird beschlossen, von Anfang Dezember beginnend, einen Kursus in Redeübung für Fortgeschrittene abzuhalten. Zu dem Kursus, der sich auf 20 Stunden erstrecken soll, werden 20 Teilnehmer zugelassen werden. Unter Verschiedenem lag folgende Resolution Stoboy vor:

1. Die am 4. August 1903 im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule beauftragt ihren Vorstand, in Zukunft auf eine bessere Folge der einzelnen Thematika zu achten. Das Lehren der einzelnen Wissensgebiete soll, mit den Grundlagen beginnend, lückenlos weitergeführt werden.

2. Im weiteren wird der Vorstand beauftragt, unter Hinzuziehung geeigneter Experten, Beratungen darüber zu pflegen, wie unsere Schule auf eine der heutigen Stellung der Arbeiterbewegung entsprechende Höhe gebracht werden kann. Der Vorstand hat hierbei auf event. nötige Änderungen des Schulganges nicht Rücksicht zu nehmen. Als wünschenswert bezeichnet die Generalversammlung, neben der Verbreitung des bisher Gelehrten, die aufmerksamste Pflege a) der sozialpolitischen Gesetzgebung in allen Teilen, b) der modernen Arbeiterbewegung und Litteratur.

3. Desgleichen wünscht die Generalversammlung die Erledigung des Vorstandes darüber, auf welche Weise eine Anerkennung des in der Schule Erlernen Dritten gegenüber (innerhalb der Arbeiterbewegung) erreicht werden kann.

4. Fortführung und Ausbau von Fortschrittskursen nach Bedarf unter Auswahl der Teilnehmer.

5. Der Vorstand wird gebeten, der nächsten Generalversammlung über das Ergebnis seiner Beratungen Bericht zu erstatten, event. Vorschläge zu unterbreiten.

Nachdem der Antragsteller die Resolution eingehend begründet hatte, wurde die Generalversammlung der vorgedachten Zeit wegen auf 14 Tage verlagert.

Nieder-Barnim. In Groß-Schönebeck fand am Sonntag eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Freiwald über die verfloffene Reichstagswahl und über die sozialpolitischen Aufgaben des neuen Reichstages referierte. Zur Diskussion sprach unter anderem auch ein Ziegeleiarbeiter über die elenden Verhältnisse seines Berufes und knüpfte daran die Hoffnung, daß durch das Wastum der Partei etwas mehr zum Schutze der Ziegeleiarbeiter getan würde. — Es war die erste sozialdemokratische Versammlung, welche in Groß-Schönebeck abgehalten wurde. Da es der reaktionäre Winkel des Kreises ist, so hoffen wir durch die Versammlung etwas Bewegung in den schwarzen Winkel gebracht zu haben.

Neu-Wehensee. Am 4. August fand im Vereinshaus eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. 1. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung. Folgende Genossen wurden gewählt: Langemeier, Will, Walterslotter, Haal, Rohloff, Guhn und Rai. 2. Punkt: Vortrag des Genossen Dr. D. Lausen über den Ursprung der deutschen Kultur. Der Vortragende, welcher das Thema in zwar kurzen, aber desto inhaltsreicheren Ausführungen behandelte, erntete zum Schluß allseitigen Beifall; es fand keine Diskussion statt. An Stelle des aus der Zeitungskommission ausgeschiedenen Genossen Schmidts wurde Haal gewählt. Hierauf gab der Vertrauensmann die Abrechnung von der Reichstagswahl. Einnahme: Teller-Versammlungen 164,70 M., vom Wahlverein 200 M., Zuschuß vom Ortsvertrauensmann 231,02 M., auf Listen gesammelt 411,25 M., in Summa 1006,97 M. Die Ausgaben betragen 595,72 M. Die auf Listen gesammelten 411,25 M. sind an den Kreisvertrauensmann abgeliefert worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Witten a. Ruhr, 7. August. (B. G.) Im benachbarten Arnen wurde ein Wirt und ein Gemüsehändler wegen Raubmissetaten verhaftet. Sie hatten zwei- und fünf-Markstücke angefertigt und in Verkehr gebracht.

Zorient, 3. August. (B. L. O.) Vom Justizpolizei-Gericht wurden heute 28 Personen, die sich an den hier in den letzten Tagen vorgekommenen Unruhestörungen beteiligt hatten, zu Strafen von sechs Tagen bis zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

London, 7. August. (B. L. O.) Unterhaus. Bei der Verhandlung über die Automobil-Bill, bringt die Regierung einen Änderungsantrag ein, durch den die Schnellheitsgrenze auf 20 englische Meilen die Stunde festgesetzt wird. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Kiew, 7. August. (B. L. O.) Die Arbeiterunruhen dauern fort. Die kuffständigen durchzogen verschiedene Stadtteile, schlugen Fenster ein, drangen in die Werkstätten und zwangen Arbeitswillige die Arbeit einzustellen. Eine große Volksmenge am Flußufer des Dnjepr empfing die zur Aufrechterhaltung der Ordnung herbeigezogenen Kosaken mit Steinwürfen. Die Kosaken gaben einige Salven ab; mehrere Personen wurden verwundet. Der Straßenbahn-Verkehr ist unterbrochen. Die Mehrzahl der Wägereien sind geschlossen, infolgedessen das Brot im Preise steigt.

Rafan, 7. August. (B. L. O.) Der Anlegeplatz für die Dampfschiffe der Radescha-Gesellschaft ist mit allen auf ihm vorhandenen Waren niedergebrannt, bei dem Brande sind mehrere Menschen ums Leben gekommen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Arbeiter der Firma Kaisermeister A. Wehling veranstalten am Sonntag, den 9. August, einen Ausflug nach dem Lokal „Zum Seelöwen“ in Lehmitz bei Dramenburg.

Treptow-Baumfchulenweg. Heute Abend und Aufnahme neuer Mitglieder für den Bezirk Baumfchulenweg im Restaurant „Königsheide“.

Königswusterhausen. Am Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, hält der Wahlverein im Restaurant Lange („Siegesfranz“) seine Monatsversammlung ab.

Lokales.

„Gesinde-Unrecht“ und Freisinn.

„Gesinde-Unrecht“ hat man in grimmigem Spott das besondere Recht genannt, unter das die Dienstboten durch die Gesinde-Ordnung gestellt worden sind.

An dem Kampf gegen die Gesinde-Ordnung hat sich auch das freisinnige Bürgertum beteiligt. Freisinnige Männer und Frauen sind in Wort und Schrift, wenn nicht für völlige Beseitigung, so mindestens für Reduzierung und Reformierung der Gesinde-Ordnung eingetreten.

Durch die Zeitungen geht jetzt die Nachricht, daß der Verein Berliner Dienstherrschaften und Dienstangestellten den Magistrat gebeten hat, das Statut des sogenannten „Gesinde-Verlohnungs- und Unterstützungs-Fonds“ zu ändern.

Wir wollen hier in Erinnerung bringen, daß es seit einer langen Reihe von Jahren der „Vorwärts“ und zunächst nur dieser gewesen ist, der immer und immer wieder die Beseitigung der empörenden Bestimmungen des Statuts, die Aufhebung des „Gesinde-Unrechts“ dieses Fonds gefordert hat.

So ist es gekommen, daß an dem speziellen Gesinde-Unrecht, das Berlin für die Dienstboten vor bald einem Jahrhundert geschaffen hat, noch immer nicht gerüttelt werden darf — trotz aller schönen Reden gegen „das Unrecht der Gesinde-Ordnung“.

„Man sieht, die Genossen leben nicht schlecht.“ Mit diesen Worten begleitet die „Deutsche Tageszeitung“, das hiesige Organ der Agrarier, die Nachricht von der auf Sonntag, den 9. August, festgesetzten Abhaltung eines Sängerfestes durch den Arbeiter-Sängerbund.

Verhältnisse hinaus. Wenn die Arbeiter Verksin und der Vororte in ihren Gesangsvereinen edlen Volksgesang pflegen, wenn sie mit Weib und Kind nach der Kiefernheide des Müggelsees hinausfahren, um an dem gemeinsamen Sängerefest teilzunehmen, dann höhnen die agrarischen Lebensmittelvertreter: „Man sieht, die Genossen leben nicht schlecht“.

Der Ring des Riesen Nachkom. Seit einigen Monaten läßt der 2 1/2 Meter hohe russische „Uebermenschen“ Nachkom eine große Anziehungskraft auf die Besucher des Passage-Panoptikums aus.

Mit dem Automobil verunglückt ist heute morgen der 28 Jahre alte Kfz-Führer Max Scheruch aus der Dramenburgerstr. 92/93. Scheruch, dessen Eltern eine Gastwirtschaft betreiben, machte in der vergangenen Nacht mit einem Fabrikanten eine Automobildurchfahrt durch die hiesigen Vororte.

Als hart verwehte Leiche wurde gestern der 45 Jahre alte Kaufmann Bernhard Ries wiedergefunden, der mit seiner Frau in der Lothringersr. 40 wohnte und seit dem 28. v. M. vermißt wurde.

Von einem Bierwagen überfahren und getötet wurde heute morgen kurz vor 6 Uhr vor dem Hause Hühnerstr. 27 eine unbekannte Frau von etwa 50 Jahren, eine anscheinend obdachlose Bettlerin, die sich viel in jener Gegend aufhielt und dem Trunk ergeben war.

Beim Abpringen von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen kam gestern abend der in der Dohnerstr. 10 wohnende Kaufmann Alfred Luy zu Schaden. Er wollte in der Schönhauser Allee vor dem Hause 148 die Vorderplattform des von ihm benutzten Anhängewagens 973 der Linie 46 (Nieder-Schönhausen—Nixdorf) verlassen und sprang kurz vor der Haltestelle während der Fahrt ab.

Ein Lokalkorrespondenz meldet: Bei seiner Festnahme vergiftet hat sich der 38 Jahre alte Einbrecher Fischer Karl Werner, der gestern nachmittags in der Mauersstraße auf frischer Tat ertappt wurde.

In Tode geprügelt?

Der Durchbruch der in der Mauersstraße 8 „ausbalduwert“. Von hier aus wurde der Antiquitätenhändler Nixdorf um 6 Uhr nachmittags auf dem Dreifaltigkeitstisch Kirchhof in der Bergmannstraße beerdigt.

Schmidtschen Wohnung hatte er bereits erbrochen und einige Schmuckgegenstände schon eingepackt.

Die andere Korrespondenz spricht zwar von argen Mißhandlungen des eingeholten Verbrechers, erklärt aber ebenfalls, daß der Art äußere Ursachen des Todes nicht habe feststellen können.

Der Durchbruch ergriff nun die Nacht, verfolgte von einer Menge Menschen, die das Gelfgeschrei gehört hatte. Schließlich eilte er in das Haus Friedr. 58 und stürzte bis in die vierte Etage.

Wir hoffen, daß durch die Obduktion der Leiche die Todesursache mit aller Bestimmtheit festgestellt wird. Wenn sich indessen auch, wie wir hoffen, herausstellt, daß Werner nicht direkt das Opfer der Mißhandlung geworden ist, so stellt sich trotzdem der ganze Vorgang als eine brutale Roheit dar, die sich durch nichts entschuldigen läßt.

Kindermord. Die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts wurde Donnerstagvormittag auf dem Gelände der Pumpstation, Hühnerstr. 6, aufgefunden. Die kleine Leiche, welche noch nicht völlig entwickelt zu sein scheint, war in Zeitungspapier eingewickelt.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern, Freitagmittag gegen 12 Uhr, in der Kdaberstraße nahe der Dramenstraße zugetragen. Vor dem Hause Kdaberstraße 9 hielt ein einspänniger Lastwagen der Himm- und Viehfabrik von Bergmann u. Franz, Kdaberstraße 57, dessen Kutscher Rod das Führer ohne Aufsicht gelassen hatte.

Kinderpiele. Am Sonntagvormittag von 9—12 Uhr Fortsetzung der vom Turnverein „Fichte“ arrangierten und geleiteten Kinderpiele. Versammlungsort für den Nordost-Bezirk: Landsberger Platz am Krieger-Denkmal; Spielplatz: Sportplatz Friedr. 58.

Weißensee. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde die Jahresrechnung von 1902 vorgelegt. Hiernach ist die Einnahme inkl. des Uebertrages von 30 886,55 M. aus dem Jahre 1901 118 659,13 M.; die Ausgabe 65 080,56 M., somit verbleibt ein Uebertrag von 23 578,57 M.

Nixdorf. Unsere Stadt zählt jetzt 112 bebauten bzw. bebauungsfähigen Straßen, jedoch nur acht öffentliche Plätze. Fünf weitere Plätze im Areal der Köllnischen Wiesen befinden sich zwar bereits

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhmann, Schön. Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Sommerfest der Steinsetzer.
Nächster Sonntag:
Grosse Galavorstellung
des gefamten, neu engagierten
August-Spielplans.
Um 8 Uhr: Großer Beifall!
Das Bild des Vaters.
Original-Bildnis v. Anton Hüter.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Freitag, den 14. August: Hugo
Schulz-Benefiz.

Bernhard Rose-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Sonntags, den 8. August:
Friede auf Erden.
Dobrot, einseitiger Dankakrobat.
Karl Groth, Groteskkomiker.
The 3 Amaranths, akrob. Tänzerinnen.
Gauert mit seinen besten Kunden.
Rivas und Oiras, Antipodisten auf
lebendem Weidestiel.
Mary Ellys, moderne Tänzerin.
Richard Wagner, Konzertführer.
Ballot-Gesellschaft „Saltarello“.
Marie Förster, Sololängerin.
Anfang 4 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-Allee 79. Direkt.: M. Kalbo.
Täglich: **Alt-Heidelberg** im Feine.
Liederpiel in 3 Akten von D. Richter.
Konzert und Ball.
H. a.: Dora Waldau, Bravour-Soubre.
Original Eugénie Millardo, Tanzkomikerin.
Neu! **The Berlings.** Neu!
die singende Luftsee.
Johnke Compagnie.
Transformations-Rede, Fantomime.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.,
num. Platz 50 Pf.

Schweizer-Garten
am Königsfor, am Friedrichshain.
Täglich: **Theater** und
Artisten-Vorstellung,
Ball u. Volksbelustigungen.
Abends 10 Uhr:
Berliner Sportmädels.
Vosse mit Gesang in zwei Bildern
von Gerde.

Bioscop.
Lebende Bilder. Neueste Aufnahme.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Reichshallen
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Strand-Restaurant am Müggelsee
zwischen Müggelschloß u. Ausflugsort.
Empfehle Jodeln, Vereinen und
Korporationen für Sommerausflüge
und Ausflüge mein großartig gelegenes
Lokal. Saal für ca. 3000 Personen,
Gallen, genügende Nebenräume, Be-
lustigungen aller Art. Coulanze Preise.
* M. Degebrodt, „Strandschloß“,
Köpenick.

Köpenick.
Wilhelmsgarten v. L. Scheer,
Rudow- u. Berliner Strassen-Ecke.
Herrlicher Garten, Kaffeeküche.
Jeden **Großer Ball.**
Saal für Vereine etc.

Waldschlösschen Fischerhütte
mit Müggelseebad.
Jeden Sonntag u. Sonntag Frei-
tagsernt. Vorzüglicher Ausflugsort
für Vereine, Fabriken usw.
Herrlich im Wald gelegen.
4 Kegelbahnen. Grosse Ausspannung.
Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

Vereine!!!
Für Festlichkeiten und Ver-
sammlungen sind Säle nach Sonn-
abends, Montag und Mittwoch
frei.
Buss Salon (Zuh. Ch. Theel),
Grosse Franzfurterstr. 85.

Josef Fischer
Cittabahn, Brombergerstr. 19/21
verkauft die Kohlen am billigsten ab
seinem Lagerplatz. Von 10 Ubr. an
1 Ubr. Danja Halbsteine nur 60 Pf.
1 Ubr. Sanktberger Breits 6-7 Zoll
nur 65 Pf. 1 Ubr. edel Sanktberger,
Densfeld Werke, 7 Zoll, nur 75 Pf.
Bessere Kohlen als letztere gibt es
nicht, mag der Name der Breits sein,
nie er will. Unter 10 Ubr. pro Ctr.
5 Pf. frei Haus, in den Stellen 10 Pf.
der Centner mehr. 50 Handwagen
verleihe zur Kohle a 10 Pf. 22622

BLUTARMEN. KRANKEN
ärztlich
empfohlen
1-50 und
2 Mark.
FEURIG
SÜSSER
KRAFT-ROTHWEIN
Santa Lucia
steht unter ständiger Kon-
trolle des Gerichtschemikers
Dr. C. Bischoff. 21082*

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und
Frauenleiden. Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

Verband deutscher Mühlenarbeiter, Zahlstelle Berlin.
General-Versammlung
Sonntag, den 9. August, nachm. 3 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15, Saal 7. 259/1

Vereins-Lokal Süd-Ost, Waldemarstrasse 75,
Wiedereröffnung der Sonntag, den 9. August. Saal für Vereine und
Winter-Saison am Gesellschaften mit Theaterbühne. Tunnel
1. Versammlung geeignet u. Kegelbahn. Inh.: W. Gleve.

Waldschänke
Radfahrer und Ausflügler beste
Verputz-Station, direkt a. d.
Chaussee zwischen Wilmers-
hagen u. Gruner, gegenüber
der Helland-Kegelbahn, Berl.
Beize 20 Pf. Fahrstholz.

Gasthaus zur „Rahnsdorfer Mühle“
von Anna Klemm. 22872*
Vorzügliche Speisen u. Getränke, Kaffeeküche, Tanzsaal, Kegelbahn,
schöner schattiger Garten, keine Preise: große Beize 30 Pf.

Brotts Gesellschafts-Haus.
Erkner am Dameritz-See.
3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen —
empfehle ich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer den geachteten
Familien, Vereinen, Fabriken und Gesellschaften zu angenehmem Aufenthalt.
2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Saal für 1500 Personen.
Sonntags und Sonntags nach für Vereine zu vergeben. 21012*

„Sängerhalle“ Friedrichshagen
Inhaber C. Kasubke
Friedrich-Strasse 61, linke Seite vom Bahnhof, zwei Minuten.
Sängerheim der Gesangsvereine des A.S.V. sowie anderer Gesangsvereine.
Saal, schattiger Garten, für Vereine auch Sonntags gratis zu ver-
geben, Kaffeeküche, gute Speisen und Getränke, Mittag 60 Pf., große
Beize 20, kleine 10 Pf., Kegelbahn usw. 22442*

Kurpark - Restaurant Fichtenau.
Grösstes und schönstes Etablissement von Fichtenau.
Grosser Saal, Zimmer für Gesellschaften, Kegelbahnen, Kaffeeküche,
franz. Billard, Schaufeln, Turngeräte und Volkbelustigungen aller Art,
vorzügliche Speisen, gut gebräuete Biere, Ausspannung.

Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken empfohlen unter
günstigen Bedingungen (einziges freies Lokal am Ort).
Otto Burekhardt.

Wöllsteins Lustgarten,
Adlershof. 17282*
Schönster und ältester Naturgarten des Südostens.
2-300jährige Linden (5000 Personen fassend) Sommerbühne, drei
Kegelbahnen, Kaffeeküche etc., prachtvolle Säle mit schöner Theater-
bühne, Vereinszimmer etc.

**Jeden Sonntag Konzert, Spezialitätenvorstellung und
Ringkampf.**
Im Saal grosser Ball bei stark besetztem Orchester.

**Erntefest der Baugenossenschaft
„Freie Scholle“**
in Tegel - Waldmannslust, wozu alle Genossen und Freunde
hiermit eingeladen sind.
Das Festkomitee.

Neueingeführt, täglich frisch
Saftwürstchen, kleine a Paar 8 Pfg.,
Wiener a Paar 15 Pfg.,
Dochwürste a Stück 15 Pfg. Dampfurst a Pfd. 60 Pfg.
1. Zwiebelberwurst a Pfd. 60 Pfg., 1/4 15 Pfg.
1a. Gänse a Pfd. 65 Pf.,
auch ausgeflachtet, zu Hallenreisen.
Täglich frische Grieten. Frisches Gänsefleisch.
Gänseweissbrot. Fr. Spigano.

Max Schönwald, Luckauerstr. 17.
Fernspr. Amt IV, 514.
Versand nach allen Stadtteilen. 15/8*

Luftbad Nüpi
am Bahnhof Jungfernheide eröffnet für Herren. 28815*
Auf ein großes, vollständig modern umgebautes **Partei-Lokal**
mit grossem Saal und Garten mit bedeutendem Umsatz wird hinter
der 1. Sparassien-Hypothek und 2. Hypothek von 7-12000 M.
vor der Brauer-Hypothek eine
am 1. Oktober oder später von einem Parteigenossen gesucht. Offerten
bitte unter **D. 6** in der Expedition des „Vorwärts“ niederzuliegen. 1445

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler
und deren Berufsgenossen (E. S. 86 Hamburg).
Mitglieder - Versammlungen
finden statt:
Bezirk A. am Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15,
Saal 10.
Bezirk B. am Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Gütte“,
Stalitzerstr. 30/31.
Bezirk C. am Sonntag, den 9. August, vormittags 10 Uhr, bei Augustin (Vorwärts-Haus),
Lindenstr. 69.
Bezirk D. am Montag, den 10. August, abends 9 Uhr, bei Gänzel, Rosenthalerstr. 57.
Tagesordnung:
1. Geschäftsliches. 2. Vierteljähriger Kasienbericht pro II. Quartal 03. 3. Anträge zur Generalversammlung.
4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 5. Verschiedenes. 289/3
Die Jahrestellen, in denen jeden Sonnabendabend von 8-10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufge-
nommen werden, befinden sich: **Raunysstr. 78** bei Grundmann, **Kleine Andreasstrasse** im Restaurant,
Reichenbergerstr. 29 bei Schmidt, **Stalitzerstr. 69** bei Ortmann, **Pöfenerstr. 45** bei Stähler, **Alte
Jakobstr. 69** bei Venz, **Elisabethstr. 11** bei Klabay, **Georgentischstr. 25** bei Radtke.
Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 9. August 1903, vormittags 10 Uhr, bei Wetzel,
Wangelstrasse Nr. 136:
Morgensprache der Schraubendreher.
Sonntag, den 9. August, vormittags 10 Uhr, im Gesellschaftshause
von Milbrodt, Wäckerstr. 7:
Versammlung
aller in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten
Kollegen von Steffen u. Nölke, Girsch, Dellschau, Thyssen,
De la Souë u. Klop.
Tages-Ordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den
Eisenkonstruktions-Berufen unter besonderer Berücksichtigung des Kolonnen-
systems. 2. Diskussion.
Die Kollegen obiger Firmen werden ersucht, wegen Wichtigkeit der
Tagesordnung alle in der Versammlung zu erscheinen.
Die Kolonnenführer sind hiermit eingeladen. Alle Kollegen müssen er-
scheinen.
Sonntag, den 9. August 1903, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
aller in den gesamten Siemens-Schuckert-Werken
(Siemens u. Halske) beschäftigten Arbeiterinnen und
Arbeiter
in der „Neuen Welt“, Gassenheide Nr. 108-114, im Riesenaal.
Tages-Ordnung:
1. Der Arbeiter-Ausschuss bei der Siemens-Schuckert-Werke
(Siemens u. Halske), bei der Firma Jeth in Jena und wie denken wir uns
einen Arbeiter-Ausschuss. Referent: Karl Wiefenthal. 2. Diskussion.
3. Wahl einer Kommission zum Verhandeln mit der Generaldirektion.
Als Antwort auf den Artikel des verstorbenen Generaldirektors
Dr. Bödler in der „Morgenspost“, sowie die Ereignisse bei dem letzten Streik
im Kabelwerk wollen wir der Öffentlichkeit sagen, wie ein wahrer Arbeiter-
Ausschuss aussehen muß. Die gesamte Leitung der Siemens-Schuckert-
Werke (Siemens u. Halske), speziell die Centralleitung
(Hörsing'scher Plan) ist hiermit zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Berichterstatter der gesamten Berliner Presse haben Zutritt
zu dieser Versammlung.
Zahlreichen Besuch der Kolleginnen und Kollegen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter - Sängerfest.
Sonntag, den 9. August 1903:
Dampferfahrten nach Müggelschloß (ab Michael-Brücke
(Stadtbahn-Damm)
von früh 7 1/2 bis nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Frühsommerzeit nach Bedarf.
Preis 40 Pf., Kinder die Hälfte. 22902

Waldschänke
Radfahrer und Ausflügler beste
Verputz-Station, direkt a. d.
Chaussee zwischen Wilmers-
hagen u. Gruner, gegenüber
der Helland-Kegelbahn, Berl.
Beize 20 Pf. Fahrstholz.

Gasthaus zur „Rahnsdorfer Mühle“
von Anna Klemm. 22872*
Vorzügliche Speisen u. Getränke, Kaffeeküche, Tanzsaal, Kegelbahn,
schöner schattiger Garten, keine Preise: große Beize 30 Pf.

Brotts Gesellschafts-Haus.
Erkner am Dameritz-See.
3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen —
empfehle ich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer den geachteten
Familien, Vereinen, Fabriken und Gesellschaften zu angenehmem Aufenthalt.
2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Saal für 1500 Personen.
Sonntags und Sonntags nach für Vereine zu vergeben. 21012*

„Sängerhalle“ Friedrichshagen
Inhaber C. Kasubke
Friedrich-Strasse 61, linke Seite vom Bahnhof, zwei Minuten.
Sängerheim der Gesangsvereine des A.S.V. sowie anderer Gesangsvereine.
Saal, schattiger Garten, für Vereine auch Sonntags gratis zu ver-
geben, Kaffeeküche, gute Speisen und Getränke, Mittag 60 Pf., große
Beize 20, kleine 10 Pf., Kegelbahn usw. 22442*

Kurpark - Restaurant Fichtenau.
Grösstes und schönstes Etablissement von Fichtenau.
Grosser Saal, Zimmer für Gesellschaften, Kegelbahnen, Kaffeeküche,
franz. Billard, Schaufeln, Turngeräte und Volkbelustigungen aller Art,
vorzügliche Speisen, gut gebräuete Biere, Ausspannung.

Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken empfohlen unter
günstigen Bedingungen (einziges freies Lokal am Ort).
Otto Burekhardt.

Wöllsteins Lustgarten,
Adlershof. 17282*
Schönster und ältester Naturgarten des Südostens.
2-300jährige Linden (5000 Personen fassend) Sommerbühne, drei
Kegelbahnen, Kaffeeküche etc., prachtvolle Säle mit schöner Theater-
bühne, Vereinszimmer etc.

**Jeden Sonntag Konzert, Spezialitätenvorstellung und
Ringkampf.**
Im Saal grosser Ball bei stark besetztem Orchester.

**Erntefest der Baugenossenschaft
„Freie Scholle“**
in Tegel - Waldmannslust, wozu alle Genossen und Freunde
hiermit eingeladen sind.
Das Festkomitee.

Neueingeführt, täglich frisch
Saftwürstchen, kleine a Paar 8 Pfg.,
Wiener a Paar 15 Pfg.,
Dochwürste a Stück 15 Pfg. Dampfurst a Pfd. 60 Pfg.
1. Zwiebelberwurst a Pfd. 60 Pfg., 1/4 15 Pfg.
1a. Gänse a Pfd. 65 Pf.,
auch ausgeflachtet, zu Hallenreisen.
Täglich frische Grieten. Frisches Gänsefleisch.
Gänseweissbrot. Fr. Spigano.

Max Schönwald, Luckauerstr. 17.
Fernspr. Amt IV, 514.
Versand nach allen Stadtteilen. 15/8*

Luftbad Nüpi
am Bahnhof Jungfernheide eröffnet für Herren. 28815*
Auf ein großes, vollständig modern umgebautes **Partei-Lokal**
mit grossem Saal und Garten mit bedeutendem Umsatz wird hinter
der 1. Sparassien-Hypothek und 2. Hypothek von 7-12000 M.
vor der Brauer-Hypothek eine
am 1. Oktober oder später von einem Parteigenossen gesucht. Offerten
bitte unter **D. 6** in der Expedition des „Vorwärts“ niederzuliegen. 1445

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin C.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Habel, Bergmann-
strasse 5-7:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kasienbericht vom II. Quartal. 181/6
2. Bericht von drei Beiragsamtlern. 181/7
3. Bericht von der Generalversamm-
lung. 4. Verschiedenes. 181/7
Die Ortsverwaltung C.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler**
und anderer gewerblicher Arbeiter.
E. S. Nr. 3.
Ortsverwaltung Berlin A. und H.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr,
Bismarckstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1903.
2. Berichterstaltung von der General-
versammlung.
3. Verschiedenes. 181/6
Mitgliedsbuch legitimiert. 181/6
Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbe-
kasse der Metallarbeiter**
(E. S. 29 Hamburg).
Filiale Schönberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Robert Tauchert
nach schweren Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9., nachmittags von
der Leichenhalle in der Magistrate,
Schönberg, aus statt.
1425 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts., abends 8 Uhr,
beschied nach langen, schweren
Leiden im 56. Lebensjahre unser
geliebter Vater, Bruder und Onkel, der
Rentier
Siegmond Schayer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Schayer.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 9. d. Mts., von der
Leichenhalle des jüdischen Kirch-
hofs, Neu-Weichen, Volkmanns-
strasse, um 12 Uhr statt. 1296

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts., abends 8 Uhr,
beschied nach langen, schweren
Leiden im 56. Lebensjahre unser
geliebter Vater, Bruder und Onkel, der
Rentier
Siegmond Schayer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Schayer.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 9. d. Mts., von der
Leichenhalle des jüdischen Kirch-
hofs, Neu-Weichen, Volkmanns-
strasse, um 12 Uhr statt. 1296

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts., abends 8 Uhr,
beschied nach langen, schweren
Leiden im 56. Lebensjahre unser
geliebter Vater, Bruder und Onkel, der
Rentier
Siegmond Schayer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Schayer.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 9. d. Mts., von der
Leichenhalle des jüdischen Kirch-
hofs, Neu-Weichen, Volkmanns-
strasse, um 12 Uhr statt. 1296

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts., abends 8 Uhr,
beschied nach langen, schweren
Leiden im 56. Lebensjahre unser
geliebter Vater, Bruder und Onkel, der
Rentier
Siegmond Schayer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Schayer.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 9. d. Mts., von der
Leichenhalle des jüdischen Kirch-
hofs, Neu-Weichen, Volkmanns-
strasse, um 12 Uhr statt. 1296

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts., abends 8 Uhr,
beschied nach langen, schweren
Leiden im 56. Lebensjahre unser
geliebter Vater, Bruder und Onkel, der
Rentier
Siegmond Schayer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Schayer.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 9. d. Mts., von der
Leichenhalle des jüdischen Kirch-
hofs, Neu-Weichen, Volkmanns-
strasse, um 12 Uhr statt. 1296

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts., abends 8 Uhr,
beschied nach langen, schweren
Leiden im 56. Lebensjahre unser
geliebter Vater, Bruder und Onkel, der
Rentier
Siegmond Schayer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Schayer.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 9. d. Mts., von der
Leichenhalle des jüdischen Kirch-
hofs, Neu-Weichen, Volkmanns-
strasse, um 12 Uhr statt. 1296

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts., abends 8 Uhr,
beschied nach langen, schweren
Leiden im 56. Lebensjahre unser
geliebter Vater, Bruder und Onkel, der
Rentier
Siegmond Schayer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Schayer.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 9. d. Mts., von der
Leichenhalle des jüdischen Kirch-
hofs, Neu-Weichen, Volkmanns-
strasse, um 12 Uhr statt. 1296

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts., abends 8 Uhr,
beschied nach langen, schweren
Leiden im 56. Lebensjahre unser
geliebter Vater, Bruder und Onkel, der
Rentier
Siegmond Schayer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Schayer.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 9. d. Mts., von der
Leichenhalle des jüdischen Kirch-
hofs, Neu-Weichen, Volkmanns-
strasse, um 12 Uhr statt. 1296

Todes-Anzeige.
Am 4. d. Mts., abends 8 Uhr,
beschied nach langen, schweren
Leiden im 56. Lebensjahre unser
geliebter Vater, Bruder und Onkel, der
Rentier
Siegmond Schayer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Schayer.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 9. d. Mts., von der
Leichenhalle des jüdischen Kirch-
hofs, Neu-Weichen, Volkmanns-
strasse, um 12 Uhr statt. 1296

